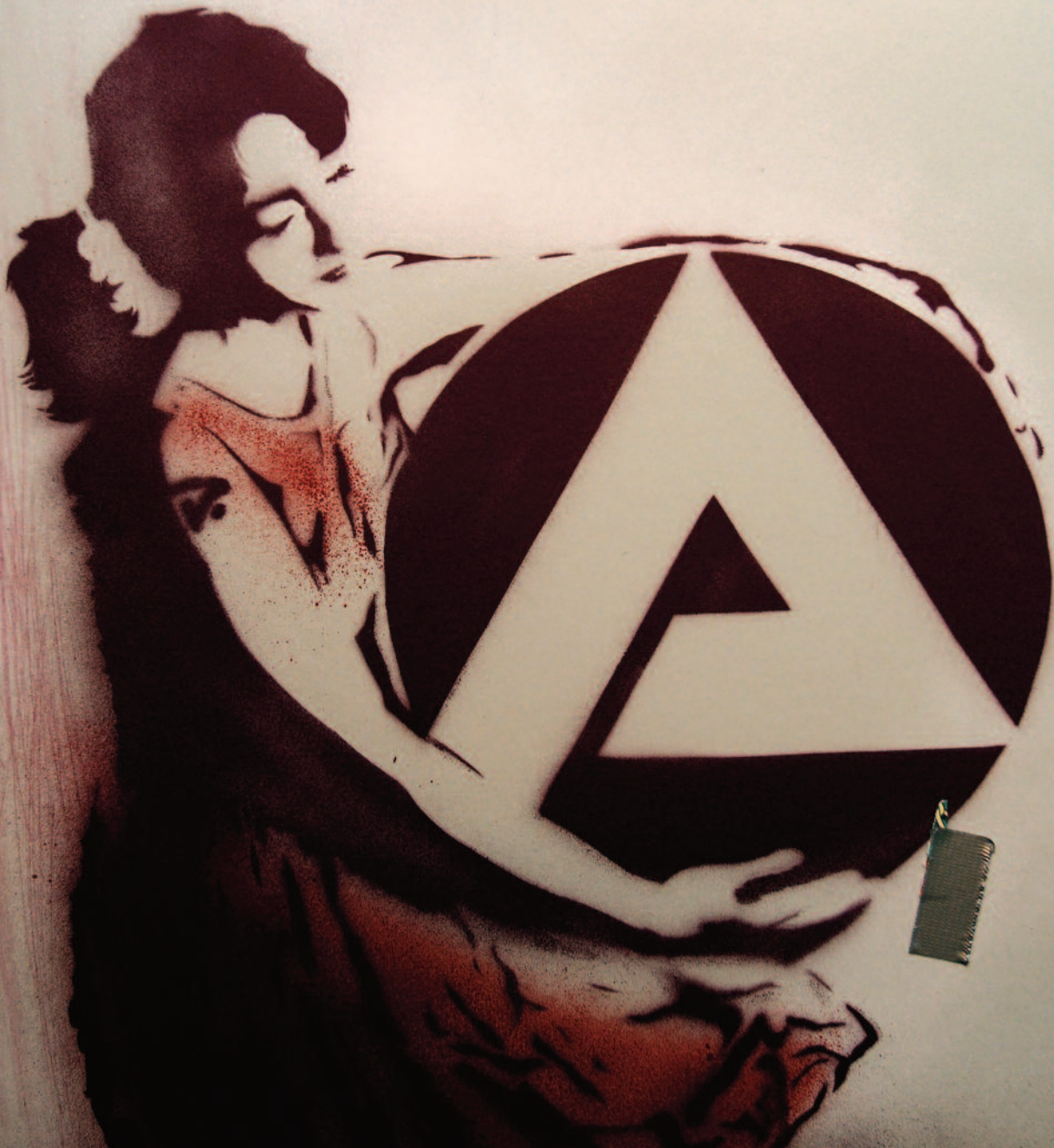


# Faust

Magazin der bayerischen Jusos

1  2012



**Thema: Soziale Spaltung**

---

**Chancengleichheit versus Chancengleichheit im Ergebnis**

---

**Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung**

---

**Prekarisierung der jungen Generation**

---

**Ausweitung der Kampfzone**



# Liebe Genossinnen und Genossen,

*es hat ein bisschen gedauert, aber jetzt haltet ihr die neue Ausgabe der „Faust“ in Händen. Als Thema haben wir diesmal den aktuellen Arbeitsschwerpunkt der Jusos Bayern gewählt, die Frage der sozialen Spaltung der Gesellschaft. Wir haben versucht, die unterschiedlichen Aspekte des Themas zu beleuchten, von eher theoretischen Fragestellungen wie „Was ist eigentlich soziale Spaltung“ hin zu konkreten Problemen wie der „Gentrifizierung“ vor allem in Großstädten. Und auch die internationale Perspektive kommt nicht zu kurz, hat doch die Spaltung der Gesellschaft im vergangenen Jahr in vielen Staaten zu Protesten geführt.*

*Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auch darauf, mit euch bei den Jusos Bayern zu diskutieren, wie wir sozialer Spaltung entgegenwirken können. Denn die Probleme nur zu benennen, reicht natürlich nicht.*

*Eure Faust-Redaktion*

## Inhalt

**Mephisto** 3

**Soziale Spaltung – Was heißt das eigentlich?** 4

**Chancengleichheit versus Gleichheit im Ergebnis** 7

**Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung in Deutschland** 12

**Prekarisierung der jungen Generation** 15

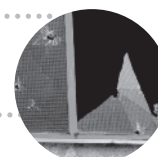
**Nicht vom Geldbeutel der Eltern?** 20

**Ausweitung der Kampfzone** 22

**Ein revolutionäres Jahr?** 26

**The Rise of the Indignados** 30

**Gretchen** 32



### Impressum:

**Herausgeber und Redaktionsanschrift:** Jusos in der SPD, Landesverband Bayern, Oberanger38/II. Stock, 80331 München, Telefon 089-23 17 11-37, Fax 089-23 17 11-39, buero@jusos-bayern.de

**Verantwortlich:** Maria Deingruber, Landesgeschäftsführerin der bayerischen Jusos

**Bildnachweis:** Volker Derlath (Titel, Seite 4, 6, 8, 11, 15, 17, 18, 20, 22, 26, 28, 30), Anno Dietz (Seite 24), DGB Bayern/Kerstin Groh (Seite 19), privat (weitere AutorInnenfotos)

**Gestaltung & Produktion:** Konturwerk, Herbert Woyke

**Druck & Verarbeitung:** Meox Druck GmbH



# MEPHISTO

**S**eit einiger Zeit wabert der Begriff der „Sozialen Spaltung“ durch die politische Landschaft. Beschrieben wird damit ein Unbehagen darüber, dass sich die Gesellschaft in Deutschland, aber auch europa- und weltweit, auseinanderentwickelt. Und der Blick auf die Statistiken zeigt dies auch: Die Einkommens- und Vermögensverteilung wird ungleicher. Die „soziale Mobilität“, vor allem die Möglichkeit, von „unten“ nach „oben“ aufzusteigen, hat stark abgenommen.

Aus dieser Beobachtung, die viele auch in ihrem täglichen Leben erfahren, folgt ein Unbehagen, das sich in der (zurecht) weit verbreiteten Meinung zeigt, in der Gesellschaft gehe es nicht mehr gerecht zu. Verstärkt hat dies noch die Finanzkrise, in denen diejenigen, die viel Geld verspekuliert hatten (was voraussetzt, dass sie auch viel Geld hatten), mit Steuergeld gerettet wurden – und gleichzeitig eine Debatte darüber stattfand, der Hartz-IV-Satz dürfe nicht erhöht werden, weil sich das der Staat nicht leisten könne.

Gegen diese zunehmende Spaltung der Gesellschaft formiert sich öffentlicher Protest. In Deutschland eher zaghaft in Teilen der „Occupy“-Bewegung oder in den Sozialforen, die es in vielen Städten gibt. Manchmal auch zahlreich, zum Beispiel, als im Herbst 2010 über 100.000 Menschen dem DGB-Aufruf zu Kundgebungen unter dem Motto „Gerechtigkeit ist etwas anderes – Wir brauchen einen Kurswechsel“ folgten. Und in anderen Ländern sind die Proteste längst große Bewegungen geworden, sei es in Chile, in Israel oder in Spanien.

Die politische Debatte darf aber nicht dabei stehenbleiben, nur zu artikulieren, was „nicht stimmt“. Sie muss auch deutlich machen, woher die Entwicklung kommt, und was dagegen zu tun ist. Denn die zunehmende Spaltung der Gesellschaft ist nicht „naturgegeben“, sie kommt nicht von selbst. Sondern sie ist herbeigeführt durch zahlreiche politische Maßnahmen, die die Umverteilung von unten nach oben befördern haben, die Menschen die soziale Sicherheit genommen

haben. Massive Senkungen der Einkommens- und Unternehmenssteuern (erstere gerade für BezieherInnen hoher Einkommen), die „Entfesselung“ des Arbeitsmarktes mit Leiharbeit, Befristungen und Minijobs, Hartz IV oder Rente mit 67 – vieles hat zur Spaltung beigetragen oder wird dies, wie die Rente mit 67, noch tun.

Mit dieser Faust wollen wir einen Beitrag zu dieser Debatte leisten. Wir gehen der Frage nach, woraus soziale Spaltung eigentlich entsteht, was sie ist und was sie antreibt. Wir gehen auf die zentralen Themenfelder ein, in denen sie stattfindet, und wir versuchen, den Blick über Deutschland hinaus auf die internationalen Protestbewegungen des vergangenen Jahres zu richten. Damit wollen wir einen Einstieg bieten in die Diskussion darum, wie die Spaltung der Gesellschaft wieder zurückgedrängt werden kann. Denn wenn der Prozess der zunehmenden Spaltung (auch) durch Politik herbeigeführt worden ist – dann ist es auch die Politik, die ihn wieder umkehren kann und muss. Und es muss vor allem die Sozialdemokratie sein, die dies anpackt. Die SPD hat ihre Daseinsberechtigung vor allem als Partei der Gerechtigkeit – und diesem Ziel muss sie wieder gerecht werden.

**Philipp Dees**  
Landesvorsitzender Jusos Bayern  
Erlangen



# Soziale Spaltung – Was heißt das eigentlich?



**B**ücher, Talkrunden, Fernsehreportagen, öffentliche Diskussionen und nicht zuletzt die Occupy-Bewegung – das Thema „Soziale Spaltung der Gesellschaft“ hat sich in den letzten zwei Jahren fast schon zu einem In-Thema entwickelt. Das ist durchaus erstaunlich, wenn man sich daran erinnert, dass noch vor fünf Jahren der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering die Feststellung in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, es gebe in Deutschland ein „abgehängtes Prekariat“, eine Unterschicht, die weitgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sei, als „Wort lebensfremder Soziologen“ abtat<sup>1</sup>. Und nicht viel länger ist es her, dass eine offizielle Publikation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (unter dem Sozialdemokraten Wolfgang Clement) mit dem Titel „Vorrang für die Anständigen“ Arbeitslose vorrangig als „Schmarotzer“ und sogar als „Parasiten“ darstellte<sup>2</sup>, während im Fernsehen Reportagen über „SozialfahnderInnen“ populär waren.

Neu ist die Debatte um eine stärker zunehmende Spaltung in der Gesellschaft aber nicht. Seit den 1980er Jahren ist sie in der Soziologie präsent, was auch schon darauf hinweist, woher sie kommt: Der neoliberale Siegeszug seit Ende der 1970er Jahre und

der damit verbundene Rückbau des Sozialstaates sind wesentlich dafür verantwortlich, dass sich Gesellschaft auseinanderentwickelt. Dabei spielt sich dies aber nicht nur auf der Ebene der Einkommen und Vermögen ab: Auch der Zugang zu Bildung wird, nach dem Ende der Bildungsexpansion der 1970er Jahre, wieder ungleicher. Im Arbeitsmarkt gibt es immer mehr Erwerbstätige, die nicht in reguläre Beschäftigung gelangen, sondern in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit, Teilzeitarbeit oder Niedriglohnbeschäftigung „hängen bleiben“. In den Städten gibt es eine immer stärker werdende Aufteilung in Wohnviertel der Wohlhabenden und der Armen. Und verbunden mit sozialer Spaltung sind auch Unterschiede beim Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten, zum sozialen und gesellschaftlichen Leben und nicht zuletzt auch bei der Teilhabe an politischen Entscheidungen.

## Abstiegsangst der Mittelschicht

.....

Dass die Diskussion um die soziale Spaltung nun breit in der Gesellschaft geführt wird, hat zwei

wesentliche Ursachen: Zum einen ist sie in der Mittelschicht angekommen. Die Mittelschicht schrumpft, und dies vor allem nach unten, durch Abstiege in die Unterschicht. Befördert hat dies in Deutschland leider auch sozialdemokratische Regierungspolitik, die das Ziel der Lebensstandardsicherung (eine einmal erreichte Position in der Gesellschaft wird vom Sozialstaat garantiert) aufgegeben und durch das Prinzip der Existenzsicherung ersetzt hat – das deutlichste Beispiel dafür ist das Arbeitslosengeld II, aber auch z. B. diverse Renten- oder Arbeitsmarktreforamen waren darauf orientiert. Die Erkenntnis, dass der Rückbau des Wohlfahrtsstaates keineswegs nur „die da unten“ betrifft, hat die politische Debatte verändert. Nicht umsonst heißt der Untertitel eines Buches des Soziologen Berthold Vogel „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“<sup>3</sup>.

Zum Zweiten ist die soziale Spaltung in die gesellschaftliche Diskussion gerückt, weil die Finanzkrise zwei Kernaussagen der neoliberalen Ideologie, die gerade zur Rechtfertigung von Sozialabbau dienen, widerlegt hat: Erstens die These, es sei kein Geld da: Für die Bankenrettungen war ganz offensichtlich und sehr kurzfristig Geld vorhanden. Und zweitens die Behauptung, die Entfesselung von Märkten und der Rückzug des Staates sorge für einen immerwährenden Aufschwung, von dem letztlich auch die Unterschicht profitiere. Stattdessen hat sich gezeigt, dass es zu einer Konzentration von immer mehr Geld in den Händen weniger kommt, woraus letztendlich Krisen überhaupt erst entstehen – für die dann die ganz unten in der Gesellschaft bezahlen sollen.

Dieser letzte Punkt macht auch deutlich: Bei sozialer Spaltung, bezieht man sie auf die Verteilung der Einkommen und Vermögen, geht es keineswegs nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sondern es geht auch um wirtschaftliche Stabilität. Denn Gesellschaften, in denen die Einkommen und Vermögen gleich(er) verteilt sind, entwickeln sich langfristig besser und sind weniger anfällig für Krisen.

## Parallelwelt der oberen Schichten

Die Finanzmarktkrise hat auch einen Aspekt in den Blick gerückt, der bei der Diskussion um „Soziale Spaltung“ oft vergessen wird: Es geht nicht nur darum, dass am unteren Ende der Gesellschaft eine Gruppe von Menschen entstanden ist, die vom Zugang zum gesellschaftlichen und sozialen Leben abgehängt ist. Sondern auch auf der anderen Seite koppelt sich die Oberschicht – und auch zunehmend die obere Mittelschicht – immer stärker von der Gesellschaft

ab und bewegt sich in eine Parallelwelt. Die Gentrifizierung von Stadtvierteln ist genauso ein Ausdruck davon wie der Trend zu Privatschulen.

Dabei ist auch hier einiges keineswegs neu. Der Oberschicht in Deutschland ist es schon seit langem gelungen, ihren gesellschaftlichen Status zu behaupten und eine Konkurrenz durch AufsteigerInnen aus der Mittelschicht zu vermeiden. Die Elitenforschung beschreibt seit langem, dass sich Führungseliten in Deutschland – besonders, aber keineswegs nur in Unternehmen – aus den immer gleichen Personenkreisen rekrutieren. Daran hat auch die Bildungsexpansion der 1970er Jahre nichts groß ändern können: Der Zugang zu den Führungseliten erfolgt nämlich nicht vorrangig über formale Bildungsabschlüsse, sondern vor allem über „weiche“ Faktoren – bestimmte Verhaltensweisen, die die Zugehörigkeit zur gleichen Gruppe ausdrücken und in der Familie und im Freundeskreis erlernt werden; die besuchte Schule und Hochschule; und nicht zuletzt formelle und informelle Netzwerke.

Neu ist aber das Ausmaß, in dem Teile der Mittelschicht versuchen, sich vor allem über Bildung von den „VerliererInnen“ unten in der Gesellschaft abzusondern. Dahinter steckt die (legitime) Überlegung, dass es den eigenen Kindern einmal besser oder zumindest nicht schlechter gehen soll, als den Eltern. Weil aber der Zugang zum Arbeitsmarkt, über den sich sozialer Status ja wesentlich definiert, immer schwerer geworden ist, versuchen Eltern, ihre Kinder dafür möglichst gut auszustatten – mit immer höheren Bildungsabschlüssen, mit zusätzlichen Ausbildungen (von Sprachkursen bis zur Musikschule), aber auch mit der Wahl von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, die ein besonderes Angebot versprechen oder ein besonderes Renommee aufweisen, das sich über den Abschluss hinaus auch bei Bewerbungen einsetzen lässt. Die Frage, an welcher Schule oder Hochschule man seinen Abschluss gemacht hat, ist längst zum Signal dafür geworden, wo man in der Gesellschaft steht.

## Kampffeld Bildung

Um die „bestmöglichen Startchancen“ zu erreichen, wird der Druck auf die Kinder immer größer, weil die Eltern immer höhere Anforderungen formulieren. Familien ziehen mittlerweile sogar in andere Stadtviertel, damit die eigenen Kinder „bessere“ Kindertagesstätten oder Schulen besuchen können – wobei sich „besser“ häufig über weniger MigrantInnen und weniger Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen darstellt, weil man diesen zuschreibt, das Niveau



der Bildungseinrichtung „herunterzuziehen“ und damit dem Lernerfolg des eigenen Kindes zu schaden.

Dabei geht es aber nicht nur darum, dass eigene Kind möglichst gut mit Abschlüssen auszustatten. Sondern es geht natürlich auch darum, dass das eigene Kind besser qualifiziert ist als andere Kinder, mit denen es später um die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und damit in der Gesellschaft konkurrieren wird. Daraus folgt der Bedarf, sich nach unten abzugrenzen. In der Diskussion um die Verlängerung der Grundschulzeit in Hamburg spielte das Argument eine zentrale Rolle, dass es den eigenen Kindern schaden würde, zu lange mit „sozialen Problemfällen“ auf die gleiche Schule gehen zu müssen. Und es war nicht unwesentlich ein Teil der Mittelschicht, der eigentlich von der Schulreform profitiert hätte, der gemeinsam mit der Oberschicht diese schließlich verhinderte.

Die Absonderung zwischen gesellschaftlichen Schichten zeigt sich in der Bildung besonders deutlich, auch deshalb, weil die Bedrohung der gesellschaftlichen Position nicht nur für die Elterngeneration, sondern noch stärker für deren Kinder wahrgenommen wird (und auch tatsächlich existiert, wie sich an der Arbeitsmarktsituation junger Menschen in Deutschland und noch stärker in anderen EU-Staaten zeigt). Bildung ist aber nicht das einzige Themenfeld. In der gesellschaftlichen Debatte gibt es eine starke Tendenz, bei der Unterschicht Gründe zu finden, warum diese an ihrer Situation selbst schuld sei: Weil die Eltern die Bildung ihrer Kinder vernachlässigten; weil sie nicht gut genug Deutsch sprächen; weil sie sich falsch ernährten, rauchten und Alkohol tranken; weil sie den ganzen Tag nur vorm Fernseher saßen usw. Daraus folgt dann im Umkehrschluss: Weil man selbst diese Fehler nicht macht, droht man auch nicht abzusteigen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist Realität, und sie zeigt sich an vielen Stellen, unter anderem

bei der Wohnortwahl, auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Entsprechend vielfältig muss Politik darauf reagieren, wenn sie diesen Trend umkehren will. Vor allem aber muss es gelingen, die Mitte der Gesellschaft „mitzunehmen“. Diese darf eine bessere Integration der unteren Schichten nicht als Bedrohung empfinden, weil sie sonst gegen diese Politik opponieren würde – womit sie wohl nicht mehr durchsetzbar wäre, vergleiche Schulstreit in Hamburg. Deshalb ist eine Absicherung der sozialen Lage der Mittelschicht, vor allem durch eine Reform des Arbeitsmarktes, die diesen wieder „sicher“ macht, Voraussetzung für eine Politik, die soziale Spaltung beseitigt. Und dann darf die Politik noch eines nicht vergessen: Dass es nicht nur darum geht, denen „unten“ in der Gesellschaft bessere Möglichkeiten zu verschaffen – sondern auch darum, von denen „oben“ in der Gesellschaft einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit zu verlangen.

#### Anmerkungen

- 1 Rita Müller-Hilmer (2006): *Gesellschaft im Reformprozess*. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung
- 2 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005): *Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat*. Berlin
- 3 Berthold Vogel (2009): *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*. Hamburg, Hamburger Edition

**Philipp Dees**  
Landesvorsitzender Jusos Bayern  
Erlangen



# Chancengleichheit versus Gleichheit im Ergebnis

**D**ie Gründungsfahne des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, dem Vorläufer der SPD, zielt der Schriftzug „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Einigkeit macht stark“. Dieser Tradition fühlt sich nicht nur die SPD verpflichtet, sondern auch wir Jusos.

Heute ist Gleichheit aus den drei Grundwerten und auch aus den zentralen politischen Forderungen verschwunden. Nicht mehr Gleichheit, sondern Gerechtigkeit (Grundwerte) und Chancengleichheit (zentrale politische Forderung) werden angestrebt.

Seit den 1970er Jahren wird nicht mehr von Gleichheit als politischer Forderung und gesellschaftlichem Ideal gesprochen, sondern von Chancengleichheit als seinem vermeintlichen Äquivalent. Der liberale Allrounder hat seitdem die Deutungshoheit gewonnen und steht für das vermeintlich Gerechte – über alle politische Couleure hinweg. Wer Chancengleichheit verwirklicht, schafft das gerechte System. Doch ist dem wirklich so? Wir wollen uns im Folgenden damit beschäftigen, zu untersuchen, wo die Unterschiede zwischen Gleichheit und seinen vermeintlichen Äquivalenten liegen; und wie es um Gleichheitspostulate und ihre tatsächlichen Ergebnisse bestellt ist. An den Beispielen Bildung, Arbeit, Geschlecht und Interkulturalität wollen wir dies überprüfen.

## Leistung muss sich wieder lohnen?

Ein entscheidender Unterschied zwischen den Forderungen nach Chancengleichheit gegenüber Gleichheit im Ergebnis ist die Rolle der Leistung.

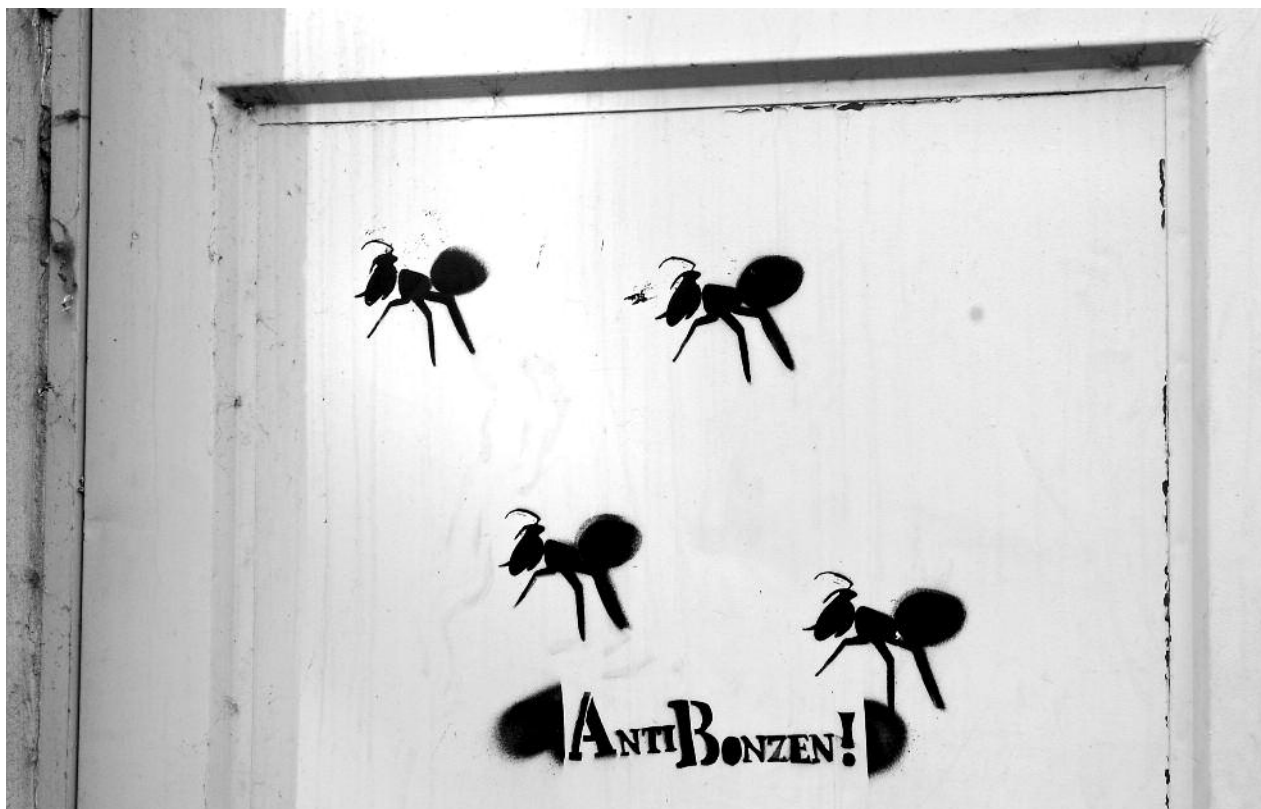
Bei Chancengleichheit werden Ungleichheiten und Diskriminierungen an jeweiligen Startpunkten ausgeglichen: bei der frühkindlichen Bildung, zur Schuleinführung, im Übergang von Grund- zu weiterführender Schule, zwischen Hochschulreife und Hochschule, Ausbildungsplatzsuche... Doch was zwischen diesen Anfängen – also während des Prozesses – passiert, wird unzureichend beachtet. Hierauf wird kein Augenmerk gelegt, in diesen ist das Individuum auf sich selbst gestellt. Auch der sozialdemokratische Weg beschreibt dies: Dass Chancengleichheit immer an den jeweiligen Startpunkten gewährt wird, indem die

Unterschiede durch Förderung der Benachteiligten ausgeglichen werden, doch weder dazwischen noch darüber hinaus. Die sogenannten Chancen auf dem Lebensweg werden somit individualisiert, die Person hat die Aufgabe, sich eigenständig durchzusetzen.

Verfolgt man hingegen das Ideal der Gleichheit im Ergebnis, spielen diese Startpunkte zwar ebenfalls eine wichtige Rolle, Steuerungsmechanismen zum Ausgleich von Ungleichheiten und Diskriminierungen werden aber auch während der Prozesse genutzt. Dies hat den entscheidenden Vorteil, dass kein Ende festgelegt ist. Insbesondere was Ungleichheiten im Erwachsenenalter wie etwa im Beruf (Stichwort Frauen in Führungspositionen) anbelangt, besteht in der Konzeption Chancengleichheit keine Möglichkeit der Steuerung. Aber auch „Leistung“ als Element ist bei der Gleichheit im Ergebnis keinesfalls ausgeschlossen (wir müssen aber einen linken Begriff von Leistung definieren). Vielmehr müssen aber Menschen ihr ganzes Leben über aktiv begleitet und unterstützt werden, anstatt das Recht dem/r Stärkeren zu überlassen.

## Chancengleichheit in der Bildung – ein gebrochenes Versprechen

Nach Chancengleichheit sollen gleiche Rahmenbedingungen und gleiche Aufstiegschancen zur gerechten Gesellschaft führen. Diese Prämisse hat einen ganz entscheidenden Haken: Sie übersieht, dass viele Menschen auch zwischendurch Unterstützung benötigen. Im System der Chancengleichheit würde eine derartige Unterstützung jedoch wettbewerbsverzerrend wirken und ist demnach nicht erwünscht. Man übersieht dabei (bewusst!), dass Menschen einen Rucksack mit sich tragen, der nicht mit dem Schuss der Startkanone, bei dem allen die gleichen Möglichkeiten suggeriert werden, abgeworfen werden kann. So kann man sich schnell vor Augen führen, dass beispielsweise gute frühkindliche Bildung entscheidend und unverzichtbar ist, sie aber letztlich aufgrund des familiären Hintergrundes, der finanziellen Situation und vieler anderer Faktoren nicht der alleinige Weg sein kann. Doch dieses eindimensionale Denken, eine



Sache anzustoßen und dann andere zu übersehen oder bewusst als unnötig zu betrachten, finden wir auch in der eigenen Partei.

Ein gutes Analysesystem für den angesprochenen Rucksack bieten die Kapitalformen von Pierre Bourdieu. Demnach gibt es vier Sorten von Kapital: soziales, ökonomisches, kulturelles und symbolisches. In der Welt der Chancengleichheit werden im Bildungssystem nur die ökonomischen Kapitalvorräte berücksichtigt, indem Maßnahmen ergriffen werden, dass diese nicht zum Tragen kommen: kein Schulgeld, Abschaffung von Studiengebühren, Lehrbuchmittelfreiheit etc. Nicht berücksichtigt werden jedoch die ebenfalls sehr relevanten Kapitalsorten des sozialen und kulturellen Kapitals. Unter sozialem Kapital wird von Bourdieu die Summe der sozialen Netze verstanden – sowohl der aktuellen als auch der möglichen.

Mit kulturellem Kapital wird Bildung erfasst – Bildung des/r Einzelnen und der Familie; und auch hier sowohl der aktuelle Bildungsstand als auch der mögliche. Damit einher geht die Konstitution eines „Habitus“. Bourdieu spricht hier unter anderem von „freiwillig besetzten Unterscheidungen“. So wird – selbst wenn es gelänge, ökonomische Faktoren auszugleichen – ein Kind aus einer Familie mit akademischer Tradition alleine durch den gelernten Habitus noch klare Vorteile im Sinne von kulturellem und sozialem Kapital ziehen.

Ein Beispiel: Zwei Menschen werden zu einem Auswahlgespräch für den letzten Studienplatz eines

Studienfaches eingeladen. Eines ist ein Kind aus einer AkademikerInnenfamilie, in dessen Umkreis es Normalität war, dass ProfessorInnen in der Familie zu Gast waren; in dessen Familie fachliche Diskussionen am Esstisch dazu gehörten und dem schon früh suggeriert wurde, dass ein Studium Teil der Ausbildung ist. Der andere Mensch entstammt einer Familie, in der bisher niemand studierte und in der Geldsorgen und das abendliche Fernsehprogramm das Tischgespräch prägten. Beide besitzen einen Habitus, der stark durch die familiären Strukturen und das Umfeld geprägt sind. Nun – wer von beiden wird wohl im universitären Kontext besser bestehen können? Allein der Wissensvorsprung (= das kulturelle Kapital), dass man ProfessorInnen nicht mit Herr/Frau ProfessorIn anspricht oder wie man sich in Hochschulen kleidet, führt dazu, dass die beiden BewerberInnen keinesfalls gleich sind und gleich wahrgenommen werden. Und dadurch wird auch das symbolische Kapital, womit unter anderem die gesellschaftliche Anerkennung gemeint ist, stark beeinflusst. Dies tritt etwa in der systematischen, wenn auch teilweise unterbewussten Ungleichbehandlung von SchülerInnen durch LehrerInnen hervor.

Schon heute kämpfen verschiedene politische Lager darum, „am meisten Chancengleichheit“ zu gewähren. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass ausgeweitete Bildungsmöglichkeiten notwendig sind, um den Wohlstand und die Industrialität unserer Gesellschaft auch bei rückläufiger Bevölkerungszahl zu sichern. Die humanistisch anmutende Forderung ist



letztlich also eine wirtschaftliche – was sich auch an den Ergebnissen zeigt. Noch heute erreichen von 100 AkademikerInnenkindern 71 die Hochschulreife. Bei Kindern aus sozial schlechter gestellten Schichten sind es hingegen nur 24. Noch deutlicher wird dies, wenn man sich die soziale Herkunft von Studierenden an Universitäten anschaut: Während 2009 64 Prozent der Studierenden eine hohe oder gehobene Herkunft aufwiesen, stammten 24 Prozent aus mittleren und nur 13 Prozent aus niedrigen sozialen Schichten.

Wir sehen: Zu Beginn scheinen alle die gleichen Startmöglichkeiten zu haben; es herrscht Chancengleichheit. Im Ergebnis spiegelt sich dies jedoch nicht wider. Auch die Politik der Chancengleichheit durch die Sozialdemokratie der vergangenen Jahrzehnte hat diese Entwicklung nicht signifikant ändern können. Fragt man (neo-)liberale und konservative Kräfte, warum dem so ist, so erhält man meist die sozialdarwinistisch anmutende Antwort, dass diese Menschen dem (selbstredend erwünschten und akzeptierten) Wettbewerb nicht standhalten konnten. Damit erscheint der Untergang im System als hinreichend legitimiert.

## Arbeit als Grundlage der Gleichheit

.....

Der zentrale Punkt im Streben nach Gleichheit muss die Bemühung darstellen, dass alle Menschen über genügend ökonomisches Kapital verfügen. Fraglos sind alle Kapitalformen wichtig und müssen gemeinsam betrachtet und beachtet werden. Dennoch erübrigt sich die Verbesserung der Lebensumstände im Sinne der Gleichheit im Bezug auf die anderen Kapitalformen, wenn das ökonomische Kapital nicht ausreichend vorhanden ist. Bildungsprogramme, kostenfreie Kindertagesstätten und vieles mehr sind demnach vor allem dann wirklich zielführend, wenn das ökonomische Kapital eine solide Grundlage bildet. Das Einheitsfrontlied fasst dies recht passend zusammen: „Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zum Essen bitte sehr. Es macht ihn kein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her.“

Doch es wäre dennoch nicht zielführend, nun von staatlicher Seite mit einer allumfassenden und ungefragten Grundversorgung zu agieren. Wir dürfen uns nicht scheuen, einen linken Begriff von Leistung zu prägen und zu definieren. Denn unabhängig, ob unser Begriff der Leistung passt oder nicht, große Teile der Gesellschaft definieren sich darüber. Und es muss auch klar sein, dass für uns die Zentralität von Erwerbsarbeit nicht in Frage gestellt wird. Ein progressiv-

linker Leistungsbegriff stellt dabei nicht den ökonomischen Erfolg, sondern die gesellschaftliche Entwicklung und Solidarität in den Mittelpunkt. Dabei muss der Bezug zwischen dem, was individuell „geleistet“ wird und wie diese Leistung „vergütet“ wird, klar und nachvollziehbar sein. Das bedeutet im Sinne der Gleichheit vor allem dreierlei:

Zum einen müssen wir versuchen, Hürden so weit wie möglich zu minimieren. Das heißt Qualifizierung, Weiterbildung, Wiedereingliederungsmaßnahmen, Instrumente in den Betrieben (siehe auch Teil zu Gleichstellung) und vieles mehr.

Zweitens müssen wir definieren, welche Arbeit wir als welche Leistung anerkennen und wie viel jemand im wahrsten Sinne des Wortes für diese Arbeit verdient. Dabei muss am Ende nicht der gleiche Lohn für jede Arbeit herauskommen. Aber es bedeutet gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und es bedeutet, dass manche absurd hohen Einkommen der Vergangenheit angehören müssen. Beispielsweise muss für uns klar sein, dass es eine große Leistung ist, mit den Händen etwas zu erschaffen, wie beispielsweise HandwerkerInnen, oder StahlarbeiterInnen. Auch die Pflege und die Arbeit mit Menschen mit Behinderung, alten oder kranken Menschen ist eine Leistung, die eine gute Entlohnung unbedingt voraussetzt. Geld ausschließlich über Spekulation und Kapital zu erhalten, wie beispielsweise Hedgefonds-Manager, ist keine Leistung in unserem Sinne.

Drittens müssen wir für diejenigen, die trotz Bemühungen keine Arbeit finden, sicherstellen, dass sie staatlich so unterstützt werden, dass sie gut leben können und auch – siehe alle vier Kapitalformen – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Staat (Stichwort ÖBS) kann in diesem Zusammenhang eine, wenn auch nicht die dominierende, Rolle spielen.

## Männer und Frauen sind gleichberechtigt – wer's glaubt!

.....

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – so steht es in Artikel 3, Absatz 2 des Deutschen Grundgesetzes. Wir alle wissen, dass diesem Satz ein langer Kampf vorausging und auch im Anschluss viele Frauen und Männer für die Gleichstellung der Geschlechter kämpften. Ein weiterer Höhepunkt stellte für SozialdemokratInnen das Jahr 1988 dar, in dem eine Geschlechterquote von 40 Prozent in den organisationspolitischen Statuten beschlossen wurde – und *dennoch* ist das gesellschaftliche Ziel, sie langfristig überflüssig

zu machen, bisher nicht erreicht! *Dennoch* müssen Frauen sich in unserer Gesellschaft stets noch mit Stereotypen herumschlagen und werden strukturell sowie ökonomisch benachteiligt. Wie kann das sein?

Auch hier sehen wir wieder die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die formelle Gleichstellung ist durch das Grundgesetz erreicht, von der gesellschaftlichen Gleichstellung jedoch sind wir noch weit entfernt. Schafft eine Frau es nicht, den entsprechenden Posten zu besetzen, die entsprechende Anstellung zu erhalten, die gewünschte Lohnerhöhung zu verhandeln, so liegt es an ihr selbst als Person – und natürlich nicht daran, dass sie eine Frau ist!

Doch Zahlen sprechen manchmal auch für sich: In fast allen Wirtschaftszweigen und Berufen sind Frauen bei den angestellten Führungskräften unterrepräsentiert, Frauen verdienen für gleiche oder gleichwertige Arbeit im Schnitt 24 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen und Frauen besetzen im überproportionalen Schnitt soziale Berufe, die durchschnittlich schlechter bezahlt werden. Zudem liegt noch heute zu zwei Dritteln die Hauptlast in punkto Haushalt und Kindererziehung bei den Frauen.

## Neue Hoffnung – Interkulturalität

Ein ähnlicher, jedoch noch neuer und damit hoffnungsbesetzter Bereich ist die Interkulturalität. Auch hier sehen wir, dass mit steigenden gesellschaftlichen Anforderungen (schrumpfende Bevölkerung, gesteigertes technologisches Know-how etc.) das Zutrauen in Menschen mit Migrationsbiografie zunimmt. Gibt es auch heute noch negative Beispiele (Stichwort: „Sarrazin“) und rassistisch besetzte Debatten (Stichwort: „Dönermorde“), so erkennt ein beachtlicher Teil der politischen Akteure den Bedarf und die bereichernden Chancen eines Einwanderungslandes mittlerweile an.\* Für die Frage „Chancengleichheit oder Gleichheit im Ergebnis“ ist bedeutend, dass sich heute vermehrt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Thematik um Menschen mit Migrationsbiografie und eines guten Zusammenlebens angenommen wird.

Verkürzte Diskussionen aber bilden oft ein restriktives Bild: Geht es um Chancengleichheit im Bildungssystem ist man schnell bei Deutschpflicht und verpflichtenden Prüfungen vor Einschulungszusage.

\* Dass wir stets noch keine Einwanderungsgesellschaft sind, dass viele dieser Diskussionen unter rassistischen Vorzeichen geführt werden und dass Assimilationsforderungen noch immer nicht verstummen, wollen wir hier als negatives Faktum wissend nicht behandeln.

Spricht man von Chancengleichheit im Beruf, geht es gleich um Dumpinglöhne durch die Öffnung der EU nach Osteuropa. Möchte man über Chancengleichheit der Geschlechter sprechen, findet man sich schneller als erwartet in einer Kopftuchdebatte wieder. Und bei all diesen Beispielen ist stets ersichtlich: die Verantwortung für das Gelingen oder Misslingen von Gleichheit liegt beim Individuum, nicht bei der Gesellschaft. Diese Debatten werden stets mit Pflichten, Verboten und Zielen geführt. Egal ob konservative Leitkultur oder der Einbürgerungstest: Menschen mit Migrationsbiografie sollen stets einem gewissen Standard entsprechen. Sie sollen sich die Gleichheit erarbeiten.

Und auch hier sprechen die Zahlen für sich: Bei einem guten Schulabschluss nehmen die mit Migrationshintergrund im Laufe eines Jahres zu 56 Prozent eine vollqualifizierende Ausbildung auf, von denjenigen ohne 75 Prozent. Nach drei Jahren sind 78 Prozent der Jugendlichen aus Familien mit Migrationserfahrung und 92 Prozent der Jugendlichen aus Familien ohne Migrationshintergrund in eine Ausbildung gelangt (vgl. WISO direkt, Oktober 2009). Bei gleicher Eignung erreichen also Menschen mit Migrationsbiografie schlechtere Übergangsquoten.

## Abgrenzung zur Gerechtigkeit

Wir sehen, dass Chancengleichheit zu Beginn nicht zwingend zu Gleichheit im Ergebnis führt. Als eine Erklärung dafür, warum dem so ist, kann die Nichtbeachtung wichtiger Kategorien dienen. Chancengleichheit betrachtet alle Menschen als zunächst formell gleich und gewährt ihnen von diesem Punkt aus die gleichen Chancen. Ihr humanitärer Charakter ergibt sich daraus, dass sie diesen Punkt schützen will und keine negativen Ausprägungen durch Diskriminierung oder ähnliches zulassen möchte.

Klingt der Begriff „Chancengleichheit“ zunächst humanistisch und egalitär, versteckt sich dahinter aber gleichzeitig ein Mechanismus, Selektionen vorzunehmen und die kapitalistischen Maxime zu initialisieren. Allen Menschen werde die gleiche Chance auf Aufstieg suggeriert, man müsse sich im System behaupten. Wer jedoch der Konkurrenz nicht standhält, muss quasi untergehen: „Die natürliche Auslese, ‚nature selection‘, bewährt sich im Kapitalismus.“ (Heydorn 1972/2004, S. 96; hierzu auch Heydorn 1973b/2004, S. 158f.) Es ist dieser Sozialdarwinismus, der der Chancengleichheit diesen faden Beigeschmack verleiht. Wirkliche Egalität wird dadurch nicht hergestellt, im Gegenteil ist sie nicht einmal erwünscht; Auflehnung



gegen das Prinzip der Chancengleichheit hieße Auflehnung gegen gesellschaftliche Gerechtigkeit, wobei auch dieser Begriff kapitalistisch gedeutet wird.

Nicht ohne Grund war das Ziel sozialistischer Organisationen, Gleichheit im Ergebnis zu erreichen. Diese benötigt mehr als gleiche Startchancen. Sie benötigt eine fortwährende Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft. Damit ist keine Gleichmacherei gemeint. Natürlich werden im Ergebnis nicht alle Menschen exakt gleich sein oder das Gleiche verdienen. Die Korrektive zu Gunsten der Schwächeren müssen jedoch permanent wirken und es muss offensiv gegen eine deutliche Ungleichheit vorgegangen werden. Nur so können wir unserem Ideal einer Gesellschaft von Freien und Gleichen näher kommen.

Der bereits beschriebene Rucksack der Menschen ist bedeutender als zugestanden. Die Gesellschaft trägt Verantwortung für jedes Individuum, das in ihr lebt. Die Individuen tragen wiederum Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze. Es ist ein Geben und Nehmen, das im Idealfall zum Ausgleich der Interessen führt. Die Prämisse Chancengleichheit verschiebt die Verantwortung einseitig. Sie setzt einen imaginären Startpunkt, zu diesem die Gesellschaft Gleichheit zu gewährleisten hat; anschließend ist es der Verantwortung des/r Einzelnen überlassen, was er/sie daraus macht. Doch so funktioniert Gesellschaft nicht. Die Summe unserer Kapitalvorräte führt zu unterschiedlichen Möglichkeiten im Nutzen der gleichen Startchancen. Kulturelles und Soziales Kapital führen zur Etablierung eines bestimmten Habitus, welcher wiederum die Möglichkeiten des/r Einzelnen im Gesellschaftlichen miteinander vorbestimmt.

## Politische Schlussfolgerungen

Was können wir daraus schließen? Eine wichtige Erkenntnis sollte sein, dass wir Jusos uns von dem liberalen Mainstream lösen sollten. Es zeigte sich, dass Chancengleichheit zwar nett und humanitär erscheint, im Ergebnis jedoch nicht zu Gleichheit führt. Daher sollten wir uns auf die sozialistische Forderung der Gleichheit im Ergebnis rückbesinnen, um alle Möglichkeiten der Förderung nutzen zu können. Gleichzeitig müssen wir der Gesellschaft klar machen, dass die neoliberale Schutzbehauptung, Gleichheit wäre Gleichmacherei, nicht zutrifft. Nur wenn das Erreichen von Gleichheit im Ergebnis oberste Priorität genießt, können wir auch wirkliche Freiheit und Gleichheit in unserer Gesellschaft erreichen.



**Jana Heinze**  
Referentin beim  
SPD-Parteivorstand, Berlin



**Veith Lemmen**  
Vorsitzender der  
Jusos NRW, Münster

# Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung in Deutschland

**D**ie Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit erreicht Monat für Monat neue Tiefstände. Die Krise ist überwunden, Deutschland geht gestärkt daraus hervor – so der Tenor vieler Kommentare. Ist das wirklich so? Wer profitiert vom angeblichen „Boom“?

Zeitgleich zum so gepriesenen Aufschwung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind die Ersparnisse der Deutschen so hoch wie nie zuvor. **Das Geldvermögen stieg im Jahr 2010 auf 4,88 Billionen Euro. Damit verfügte jeder Deutsche im Schnitt über knapp 60.000 Euro.** Doch wo liegt dieses ganze Geld?

## Falsche Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung



Fakt ist: Die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird in Deutschland immer ungleicher.

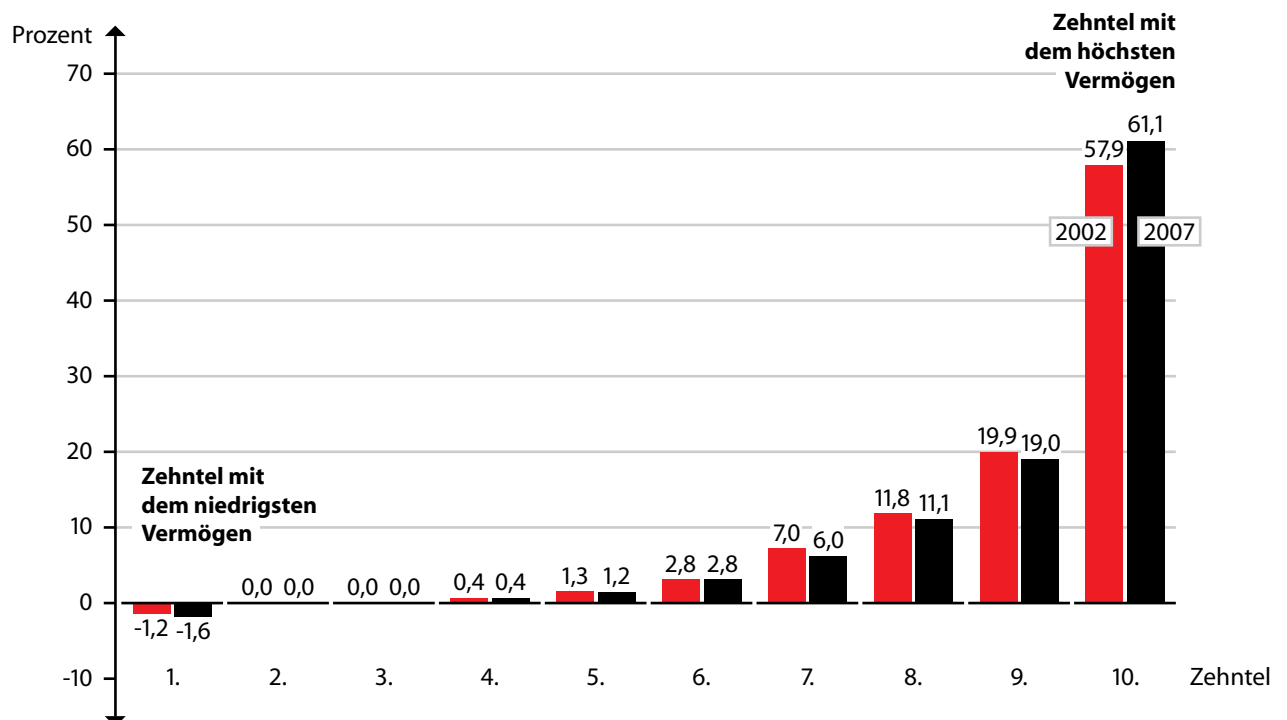
Schlimmer noch: Beides verstärkt sich wechselseitig: Je höher das Einkommen ist, desto mehr Geld steht zum Vermögensaufbau zur Verfügung. Umgekehrt bedeuten hohe Vermögen auch neue Einkommen – in Form von Zinsen, Dividenden oder Spekulationsgewinnen. Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung können daher auch nicht losgelöst voneinander betrachtet werden.

In den letzten Jahrzehnten hat eine dramatische Umverteilung von unten nach oben das Problem der ungleichen Verteilung weiter verschärft. Heute verfügen die **reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 60 Prozent des Vermögens** in Deutschland. Gleichzeitig haben rund **zwei Drittel der Bevölkerung gar kein oder nur ein sehr geringes Vermögen** – und die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt weiterhin zu.

Bei der Einkommensentwicklung kann man beobachten, dass die These der wechselseitigen Verstär-

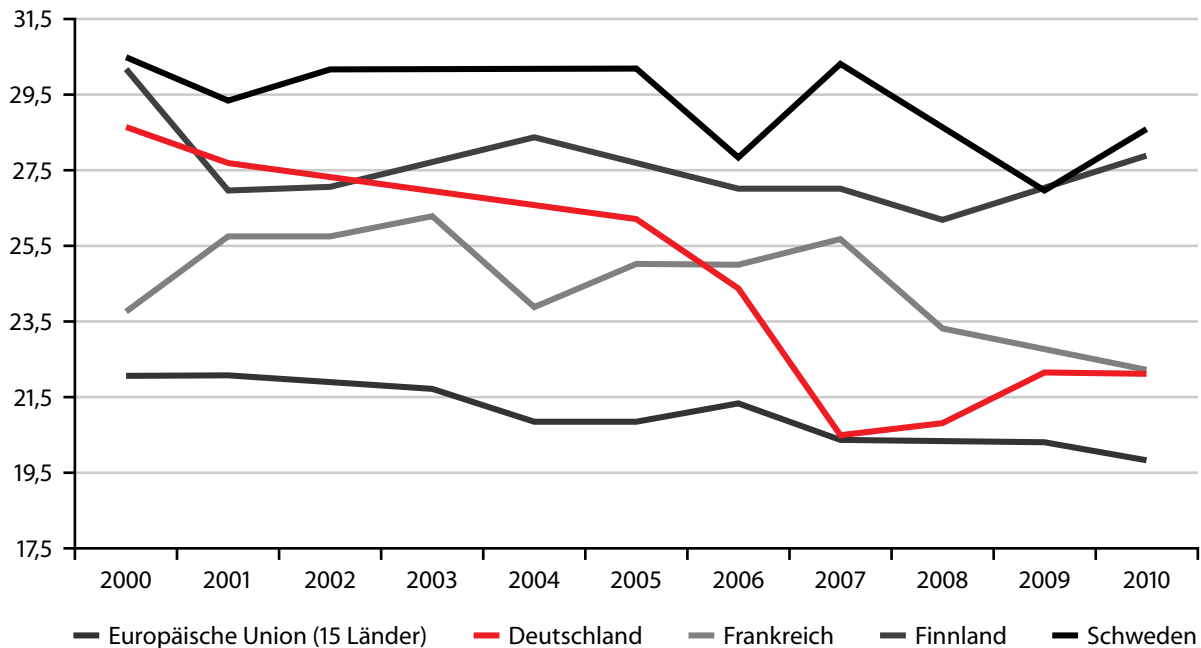
## Vermögensverteilung in Deutschland

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007 (individuelles Nettovermögen, Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren)



Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin

## Einkommen des untersten Fünftels der Haushalte in Prozent des Einkommens des obersten Fünftels



Quelle: Eurostat/EU-SILC

kung leider stimmt. **Der Anteil der Löhne an den Einkommen nimmt in Deutschland schon seit Jahrzehnten ab** – und der Trend hält bis in die Gegenwart an. So lag die Nettolohnquote 1960 noch bei 55,8 Prozent (Westdeutschland) und 1991 immerhin noch bei 49,3 Prozent (Gesamtdeutschland; Westdeutschland 1990 48,5 Prozent). Für das erste Halbjahr 2011 wird die Nettolohnquote auf nur noch 42 Prozent geschätzt. Im Umkehrschluss bedeutet diese Entwicklung, dass Gewinn- und Kapitaleinkommen einen immer größeren Anteil ausmachen.

Auch die Entwicklung der Haushaltseinkommen im Einzelnen zeigt, dass die These stimmt: **Hohe und niedrige Einkommen entwickeln sich immer weiter auseinander**. Betrug das Einkommen des untersten Fünftels der Haushalte im Jahr 2000 noch 28,6 Prozent des Einkommens im obersten Fünftel, so waren es 2010 nur noch 22,2 Prozent. Deutschland weist dabei eine deutlich schlechtere Entwicklung auf als andere Staaten in der Europäischen Union.

### Die Lohnentwicklung in Deutschland ist katastrophal schlecht

Neben der wechselseitigen Verstärkung von ungleicher Vermögens- und Einkommensverteilung hat die sinkende Nettolohnquote in Deutschland noch einen weiteren Grund: Die schlechte Entwicklung der

Löhne insgesamt. Dies zeigt sich besonders anschaulich im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften.

#### Zusammengefasst lässt sich also feststellen:

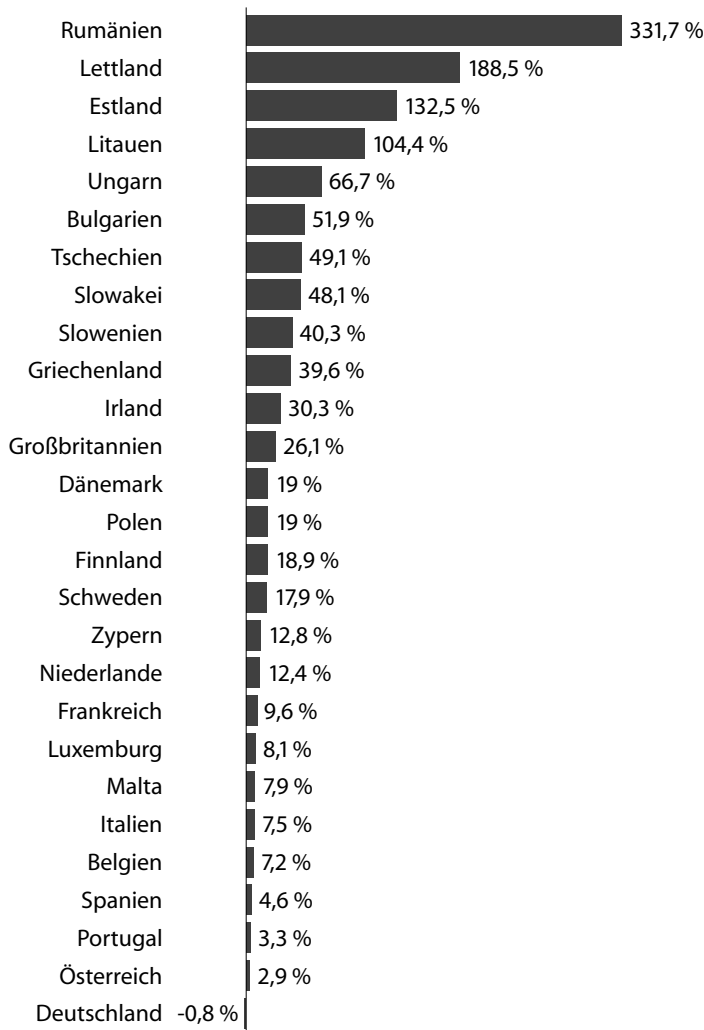
- Die Vermögen konzentrieren sich immer mehr im reichsten Teil der Gesellschaft.
- Parallel dazu entwickeln sich hohe und niedrige Einkommen immer weiter auseinander.
- Der Anteil der Gewinn- und Kapitaleinkommen wächst, die Reallöhne stagnieren oder sinken.
- Die Lohnentwicklung in Deutschland ist auch im internationalen Vergleich besonders schlecht.

### Ursachen der Fehlentwicklung

Uns als SozialdemokratInnen muss diese Entwicklung zu denken geben. Die SPD trägt ganz offensichtlich mit ihrer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik in der Zeit von Rot-Grün und Großer Koalition einen entscheidenden Anteil an dieser Fehlentwicklung.

Richtig ist, dass schon während der Zeit der Regierung Kohl eine Trendwende in der Lohnentwicklung einsetzte. Gründe dafür gibt es viele: Massenarbeitslosigkeit, eine schwindende Macht der Gewerkschaften einhergehend mit einer rückläufigen Tarifbindung, aber auch falsche politische Weichenstellungen, wie beispielsweise die forcierte Herausbildung eines wachsenden Niedriglohnssektors.

## Entwicklung der Reallöhne pro Kopf in Europa von 2000 bis 2008



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Zur Wahrheit gehört, dass die neoliberale Agenda-Politik die Ausweitung der Niedriglöhne stark gefördert hat, beispielsweise durch die weitere Förderung von Mini- und Midi-Jobs, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien im Zuge der Hartz-Gesetzgebung oder die Erleichterungen für die Leiharbeitsbranche.

Die Auswirkungen lassen sich an den oben aufgeführten Statistiken ablesen.

## Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung sind steuerbar!

Doch wenn wir zur Einsicht kommen, dass diese Entwicklung von der Politik mitverschuldet wurde, dann ist sie auch politisch umkehrbar. Wir Jusos setzen uns daher unter anderem für die folgenden Maßnahmen ein:

### Mindestlöhne einführen, Niedriglohntsektor austrocknen!

Ein Mindestlohn behebt sicher nicht alle Probleme – er ist aber notwendig, um zumindest die schlimmsten Auswüchse den Lohndumpings wieder zurückzudrängen. Wer arbeitet, muss dafür auch gerecht bezahlt werden und von seinem Lohn leben können. Dies ist derzeit bei weitem nicht überall der Fall. Hungerlöhne von sechs, fünf oder vier Euro sind leider keine Seltenheit – hier muss ein **Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro** ein erster Schritt sein, um diese moderne Sklaverei wieder rückgängig zu machen!

Zur Austrocknung des Niedriglohntsektors sind aber noch zahlreiche weitere Schritte notwendig, beispielsweise die **Regulierung und die Einführung von Equal Pay in der Leiharbeitsbranche**.

### Vermögenssteuer jetzt!

Die Ungleichverteilung von Vermögen ist nicht nur sozial ungerecht – sie ist auch ein volkswirtschaftliches Problem und hat mit zur derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Große Vermögen werden vor allem an den Finanzmärkten eingesetzt, um durch Spekulation möglichst hohe Renditen zu erzielen. Diese Gier hat die riesigen Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise mit verursacht – jetzt müssen die Verursacher an den Kosten beteiligt werden!

Der Staat steht in der Sozialpolitik vor großen Aufgaben. Das neoliberale Dogma, dass der Staat immer weiter sparen müsse und das Niveau unseres Sozialstaats nicht zu halten sei, hat zu einer dramatischen sozialen Spaltung geführt. Der Neoliberalismus ist zum wiederholten Mal gescheitert – tot ist er aber noch immer nicht.

Für uns Jusos ist klar: Nicht die Sozialausgaben unseres Staates sind zu hoch, sondern die Einnahmen zu gering. An der Finanzierung unseres Staatswesens müssen auch endlich die großen Vermögen beteiligt werden – dies ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

**Dominik Brütting**  
stellvertretender  
Juso-Landesvorsitzender,  
Weiden





# Prekarisierung der jungen Generation

*Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheit zerstören die Lebensplanung junger Menschen.*

**D**ie Prekarisierung der jungen Generation nimmt zu. Fehlende Berufsausbildung und fehlende Übernahme nach der Ausbildung führen dazu, dass die junge Generation zunehmend befristet, verliehen und schlecht bezahlt wird. Die Auswirkungen liegen auf der Hand: Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheit zerstören jede vernünftige Lebensplanung junger Menschen. Alles verschiebt sich auf eine bessere Zukunft.

## Die erste Schwelle: Die Ausbildung

.....

Die Prekarisierung der jungen Generation hat eine Vorgeschichte. Wenn junge Menschen das erste Mal direkt mit dem Arbeitsmarkt in Kontakt treten, ist dies häufig die Suche nach einem Ausbildungsplatz. Denn rund die Hälfte aller SchulabgängerInnen möchte mit einer Berufsausbildung ins Erwerbsleben einsteigen. **41 Prozent der SchulabgängerInnen in Bayern beginnen eine Berufsausbildung, 8 Prozent befinden sich im sogenannten Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung** (Bundesinstitut für

## Berufsbildung, Integrierte Ausbildungsstatistik 2010).\*

Der Ausbildungsstellenmarkt ist ein geschlossenes System, das statistisch und politisch vom Arbeitsmarkt getrennt ist. Hier geht es nicht um die Erwerbstätigkeit, sondern um die Erlangung der beruflichen Handlungskompetenz, die dann in der Regel zu einer besseren Position auf dem Arbeitsmarkt führen soll. Deshalb muss er gesondert betrachtet werden.

Der bayerische Ausbildungsstellenmarkt hatte jahrelang mehr BewerberInnen als gemeldete Ausbildungsstellen aufzuweisen. Auch wenn sich das Verhältnis BewerberInnen zu Ausbildungsstellen dieses Jahr deutlich gedreht hat, bleiben zwei Strukturprobleme erhalten:

1. Nicht alle BewerberInnen bei der Bundesagentur für Arbeit erhalten auch einen Ausbildungsplatz. Das ist bei lediglich 65 Prozent der Fall. Alleine für das ak-

---

\* Die Zahlen sind einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Entwicklung von Niedriglöhnen in den Regionen entnommen. Die Daten, auf denen die Antwort der Bundesregierung basiert, stammen von der Bundesagentur für Arbeit (Drucksache 7/5316)

tuelle Ausbildungsjahr hatten über 8.000 BewerberInnen keinen Ausbildungsvertrag, aber weiterhin ein Interesse, eine Ausbildung aufzunehmen (Bundesagentur für Arbeit, RD Bayern, 2011). Die meisten von ihnen entschließen sich dazu, eine weiterführende Schule zu besuchen. Die in den letzten Jahren steigenden Schülerzahlen bei Fachoberschulen u. a. bestätigen dies. Die schulische Laufbahn wird immer mehr zu einer Alternative zur beruflichen Erstausbildung.

2. Schließlich landen jährlich einige Tausend BewerberInnen sowie Jugendliche ohne Bewerberstatus im sogenannten „Übergangssystem“ zwischen Schule und Ausbildung. In Bayern gibt es für sie sogenannte „Brückenangebote“ an Berufsschulen (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsintegrationsjahr, Berufseinstiegsjahr und Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz), um die Schulpflicht abzuleisten. Im Schuljahr 2010/11 nahmen an diesen Angeboten ca. 12.000 Jugendliche teil (Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2011). Aus Vergleichsstudien wissen wir, dass die Verweildauer in Übergangsmaßnahmen hoch, die Übertrittsrate in eine Ausbildung niedrig ist. Zudem ist das „Übergangssystem“ aufgrund der vielfältigen Trägerstrukturen äußerst unübersichtlich – und letztlich wenig zielführend.

## AusbildungsabbrecherInnen

Haben Jugendliche erst einmal die erste Hürde geschafft und einen Ausbildungsvertrag in der Tasche, ist das ein guter Start. Aber nicht alle Auszubildenden erhalten die Ausbildung, die ihnen zusteht.

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend legt jährlich den Finger in die Wunde: Ein von zehn Auszubildenden verrichten ausbildungsfremde Tätigkeiten und werden nicht während ihrer Ausbildungstätigkeit angeleitet. Vier von zehn Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden, wovon jeder fünfte weder einen finanziellen noch einen Freizeitausgleich erhält. Dass es Auszubildende gibt, die mit diesen Rahmenbedingungen nicht zufrieden sind und ihre Ausbildung abbrechen, ist durchaus verständlich. Fakt ist, dass etwa jeder Sechste nach Zählung des Bundesinstituts für Berufsbildung seine Ausbildung abbricht. Besonders hoch sind die Abbrecherquoten im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie bei Bäckereien und Konditoreien. Dies bestätigt auch der Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Jugendarbeitsschutzes. Viele AusbildungsabbrecherInnen

beginnen wieder mit einer Ausbildung oder gehen auf eine weiterführende Schule. Einige aber bleiben auf der Strecke – und damit ausbildungslos.

## Die zweite Schwelle: Die Übernahme

Eine Berufsausbildung sollte eigentlich eine sichere Perspektive nach der Ausbildung vermitteln. Das ist aber nicht immer so. In den letzten Jahren sind etwa 60 bis 70 Prozent der Auszubildenden in Bayern übernommen worden (IAB-Betriebspanel 2010), viele davon befristet für 6 oder 12 Monate. In einigen Branchentarifverträgen gibt es Übernahmeregelungen, so in der Metall- und Elektroindustrie, in der Chemieindustrie oder in der bayerischen Milchwirtschaft.

Vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs ist es nicht nachvollziehbar, dass die Übernahmerquote nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung nach wie vor so niedrig ist. Die IG-Metall-Jugend fordert für die nächste Tarifrunde deshalb die unbefristete Übernahme in der Metall- und Elektroindustrie. In der Stahlbranche ist sie bereits Wirklichkeit. Und doch bleibt die fehlende Übernahme der Dreh- und Angelpunkt für den Anstieg der atypischen Beschäftigung bei jungen ArbeitnehmerInnen.

## Atypische Beschäftigung

Atypische Beschäftigungsformen nehmen seit 10 Jahren kontinuierlich zu. Das Reservoir dafür sind die nicht oder nur befristet übernommenen Ausgelernten, die AusbildungsabbrecherInnen und diejenigen, die gar keine Berufsausbildung haben. Zwischen 30 Prozent und 40 Prozent der ArbeitnehmerInnen unter 30 Jahren sind atypisch beschäftigt (DGB-Index Gute Arbeit: Arbeitsqualität aus der Sicht junger Beschäftigter 2009; Mikrozensus 2007).

Neben Teilzeitbeschäftigung und Praktika sind es vor allem diese atypischen Beschäftigungsformen, die zugenommen haben:

- Minijobs: In Bayern nahm die Zahl der ausschließlich in Minijobs beschäftigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahren von 114.246 (Bundesagentur für Arbeit, RD Bayern, 2006) auf 122.518 (dito, 2010) zu. Minijobber sind Geringverdiener und nicht sozialversicherungspflichtig.
- Leiharbeit: Rund 23.000 LeiharbeiterInnen in Bayern sind unter 25 Jahre alt. Sie stellen 21 Prozent





aller LeiharbeiterInnen in Bayern dar, während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die unter 25jährigen nur einen Anteil von 13,8 Prozent ausmachen (Report Leiharbeit, DGB Bayern, 2011). Mit anderen Worten: In der Leiharbeit sind überproportional Jüngere beschäftigt.

- Befristung: Der Anteil befristet Beschäftigter ist kaum über Daten der Arbeitsagentur herauszubekommen. Basierend auf verschiedenen Untersuchungen (IAB-Betriebspanel, DGB-Index Gute Arbeit) ist jedoch davon auszugehen, dass ca. ein Viertel aller Beschäftigten unter 25 Jahren befristet beschäftigt ist. Das wären in Bayern geschätzte 150.000.

Bei etwa 660.000 Beschäftigten unter 25 Jahren (ohne Auszubildende, MaßnahmenteilnehmerInnen und PraktikantInnen) in Bayern ist nach dieser Schätzung davon auszugehen, dass etwa 225.000, also jede/r dritte ArbeitnehmerIn in Bayern atypisch beschäftigt ist. Nicht eingerechnet sind hier die Teilzeitbeschäftigten.

## Niedriglohnsektor

Nicht alle atypisch Beschäftigten verdingen sich im Niedriglohnbereich, aber die meisten. LeiharbeiterInnen verdienen bis zu 40 Prozent weniger als vergleichbare Beschäftigte im gleichen Betrieb (Report

Leiharbeit, DGB Bayern, 2011). Minijobber sind per Definition im Niedriglohnbereich angesiedelt, und auch viele befristet Beschäftigte beziehen Niedriglöhne. Der DGB-Jugendindex hat deutschlandweit 2009 bei Beschäftigten unter 30 Jahren festgestellt, dass 34 Prozent ein Bruttomonatseinkommen von weniger als 1.500 Euro haben und weitere 22 Prozent zwischen 1.500 Euro und 2.000 Euro monatlich verdienen. Ähnliche Ergebnisse erzielt man, wenn man Daten der Bundesagentur für Arbeit auswertet. Dort lässt sich u. a. feststellen, dass 40 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten unter 25 Jahren in Bayern unterhalb der Niedriglohngrenze ( $\frac{2}{3}$  des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) für Westdeutschland arbeiten, kurzum: Weniger als 1.870 Euro brutto im Monat verdienen. Oder es lässt sich herausfinden, dass die Zahl der sogenannten Zweitjobber, die also neben einer Hauptbeschäftigung nochmals mit einem Minijob Geld hinzuverdienen, in Bayern bei den unter 25jährigen bei über 50.000 liegt. Gleichfalls in dieser Höhe liegt die Zahl der jungen Beschäftigten, die ihr Monatseinkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken, um über die Runden zu kommen.

Wie man auch diese Zahlen bewertet, sie zeigen jedenfalls eines: Im wachstumsstarken, wohlhabenden Freistaat Bayern arbeiten 4 von 10 Vollzeitbeschäftigten unter 25 Jahren zu Niedriglöhnen. Der Skandal ist, dass dies von der offiziellen Regierungspolitik ignoriert wird.



## Politische Ursachen

.....

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Sie ist politisch indiziert. Es waren die Arbeitsmarkt-reformen der rot-grünen Bundesregierung – mit tatkräftiger Mithilfe der damaligen Opposition – die den Arbeitsmarkt flexibler machen und damit Arbeitsplätze schaffen sollten. Mit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 2003 und den sogenannten Hartz-Reformen 2003/04 nahm die Zahl atypischer Beschäftigter zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nahm ab – und stagniert seit Jahren. Wenn neue Jobs geschaffen werden, sind diese in aller Regel atypische Beschäftigungsformen.

Mit der Etablierung der Hartz-Gesetze geht auch die Entwicklung eines Niedriglohnbereichs einher. Ein-Euro-Jobs und Mini- und Midijobs haben eine Vielfalt an Möglichkeiten geschaffen, die neben den niedrigen ALG-II-Sätzen und den verkürzten Zeiten für den Erhalt des Arbeitslosengeldes zusätzlich Druck auf die Löhne am Arbeitsmarkt herstellen. Die Folge ist eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors.

## Der Mechanismus

.....

Wie kommen gerade junge Leute in den Strudel aus Niedriglöhnen, Leiharbeit und Befristungen? Eine Antwort darauf ist, dass sie die schwächste Position auf dem Arbeitsmarkt haben. Sie haben kaum Berufserfahrung (deshalb ist die Übernahme so wichtig). Das allein muss nicht zwingend ein Problem darstellen,

wenn nicht von Zeit zu Zeit die Wirtschaft von Krisen erfasst würde und in deren Folge die Arbeitslosigkeit steigt. Junge Beschäftigte sind die ersten, die entlassen werden. Und hier beginnt der Mechanismus der Prekarisierung der jungen Generation. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dafür der Katalysator, wie wir in der Krise 2008/09 gesehen haben. Denn nach einer kurzen Phase der Jugendarbeitslosigkeit schließt sich häufig eine atypische Beschäftigung mit schlechter Bezahlung an, aus der die Betroffenen gar nicht oder erst nach vielen Jahren wieder herauskommen.

## Die Folgen

.....

Die Folgen der Prekarisierung der jungen Generation spüren nicht nur die Betroffenen, sondern auch diejenigen, die in sicherer Beschäftigung arbeiten. Der Druck, der von der Prekarisierung ausgeht, hat schon längst die Mitte der Gesellschaft erreicht:

- Für die Betroffenen bedeutet das zunächst eine permanente Unsicherheit darüber, wie ihre berufliche Zukunft aussehen wird. Die Zahl der LeiharbeiterInnen, die in eine unbefristete Vollzeitstellung kommen, liegt bei weniger als 15 Prozent (Report Leiharbeit, DGB Bayern, 2011). Atypisch Beschäftigte haben geringere Aufstiegschancen und kaum die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren. Unterbrochene Erwerbsbiografien häufen sich deshalb gerade bei jungen Beschäftigten.
- Die Unsicherheit bezieht sich nicht nur auf die Arbeit. Die ganze Lebensplanung wird unsicher. Wer morgen nicht weiß, wie er sein Leben finanzieren

soll, reduziert zwangsläufig seine Ansprüche. Und er muss es auch. Denn wenn man eine eigene Wohnung anmieten will oder einen Kredit bei einer Bank beantragen möchte, braucht man Sicherheiten. Atypisch und prekär Beschäftigte haben da keine Chance. Ihnen fehlt die Vertrauenswürdigkeit. Mehr noch: Ist ein Kind unterwegs, steigt das Armutsrisiko. Nicht umsonst sind die ALG-II-AufstockerInnen in der Regel junge Familien oder Alleinerziehende unter 25 Jahren. Dass sich viele erst mit über 30 Jahren entscheiden, eine Familie zu gründen, hängt wohl auch mit den unsicheren Berufs- und Lebensumständen der jungen Generation zusammen. Die ganze Lebensplanung verschiebt sich einfach um ein Jahrzehnt nach hinten, bis man im Beruf auf einigermaßen festen Boden angekommen ist.

- Geringe Entlohnung heißt langfristig auch Altersarmut. Jetzt bedeutet es aber vor allem Jugendarmut. Und die wächst. Der Prozentsatz Jugendlicher und junger Erwachsener, die unterhalb der Armutsgrenze leben, liegt unterschiedlichen Studien zufolge zwischen 21 Prozent und 28 Prozent. Alle Aufforderungen aus der Versicherungswirtschaft, sich auf das Alter mit einer privaten Altersvorsorge vorzubereiten, müssen bei den Betroffenen wie Hohn wirken.
- Schlechte Arbeit macht krank. Gerade ArbeitnehmerInnen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sind gefährdet. Die Zunahme psychischer Erkrankungen bei jungen Beschäftigten, zunehmende Schlafprobleme und -störungen sowie die steigende Neigung, sich bei Krankheit zu dopen und dann in die Arbeit zugehen, treffen vor allem auf jüngere ArbeitnehmerInnen zu. Es darf vermutet werden, dass dies mit dem Druck zusammenhängt, den unsichere Berufs- und Lebenslagen bei jungen Menschen erzeugen.

## Was tun?



Es gilt, die Prekarisierung zu stoppen und für Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit, besonders für junge Beschäftigte zu sorgen. Leider gibt es dafür nicht die goldene Königsmaßnahme, aber immerhin ein Bündel empfehlenswerter politischer Forderungen, die so neu auch nicht sind. Um den Wiederholungsfaktor so kurz wie möglich zu halten, in aller Kürze die wichtigsten Forderungen:

- Wenn über 8.000 BewerberInnen dieses Jahr noch keinen Ausbildungsvertrag in der Tasche haben und jährlich Tausende Jugendliche im „Übergangssystem“ hängen bleiben, muss die zentrale Forderung bleiben:

Arbeitgeber in diesem Land, schafft zusätzliche Ausbildungsplätze! Im Hinblick auf den prognostizierten Fachkräftebedarf auch eine ökonomisch sinnvolle Forderung.

- Hinzu kommt, dass junge Menschen möglichst ohne Warteschleifen in eine berufliche Erstausbildung kommen. Wir wollen – orientiert am Hamburger Ausbildungsmodell – den Übergang von der Schule in die Ausbildung klarer strukturieren: Mit regionalen Übergangsmanagements und einer stärkeren sozialpädagogischen Begleitung.
- Mindeststandards in der Berufsausbildung sind einzuhalten, um Ausbildungsabbrüche zu minimieren. Denn zufriedene Auszubildende schmeißen nicht hin. Die Verantwortung dafür liegt bei den zuständigen Kammern. Sie müssen diese Verantwortung auch ernsthaft umsetzen!
- Die Leiharbeit muss reguliert werden. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich umgesetzt werden. Das Synchronisationsverbot ist wieder einzuführen und auch an betriebliche Höchstquoten an LeiharbeiterInnen ist zu denken.
- Befristungen müssen in den Griff bekommen werden. Wir sprechen uns für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung aus. Die Übernahme nach Ausbildung sollte unbefristet sein – Fachkräfte werden ja in den nächsten Jahren dringend benötigt.
- Niedriglöhne bekämpfen geht nicht mit Kombilöhnen, sondern mit einem gesetzlichen Mindestlohn. Sogar die CDU hat dies in Ansätzen verstanden.
- Sozialversicherungspflicht für Minijobs nach dem Grundsatz: Keine Erwerbsarbeit ohne Sozialversicherungspflicht.

Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit sind keine Forderung einer verwöhnten, (spät)römisch dekadenten Jugend. Alle Jugendstudien wissen von einer jungen Generation zu berichten, die ihre Zukunft durchaus optimistisch sieht – außer im Hinblick auf Beschäftigung und Einkommen. Die sozialen Proteste in anderen Ländern handeln ebenfalls von dieser Unsicherheit. Soweit muss es bei uns nicht kommen. Wir können noch handeln.

**Mario Patuzzi**

DGB-Jugendsekretär Bayern,  
München



# Nicht vom Geldbeutel der Eltern?

*In Deutschland hängt der Bildungserfolg vor allem von der sozialen Herkunft ab.*

In der politischen Debatte wird von allen Seiten betont, wie wichtig die Bildung sei, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Alle Kinder müssten die bestmögliche Bildung bekommen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Soziale Selektion zieht sich durch unser gesamtes Bildungssystem. Schon im frühkindlichen Bereich machen sich deutliche Unterschiede zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten bemerkbar. Kinder, die im frühkindlichen Bereich keine Einrichtung wie eine Kindertagesstätte oder einen Kindergarten besuchen, haben einen deutlichen Nachteil gegenüber Kindern, denen ein solcher Besuch ermöglicht wird. Insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund wäre es wichtig, bereits früh eine Bildungseinrichtung zu besuchen.

Kinderbetreuung kostet jedoch Geld. Für viele Eltern ist sie einfach zu teuer. Das Kinder aus finanziellen Gründen keine KiTas besuchen können, fördert die soziale Spaltung im Bildungssystem, weil dadurch Kinder bereits mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule kommen.

Dort geht die soziale Selektion dann weiter. Da noch immer nicht alle Schulen Ganztagsbetreuung anbieten, ist ein Großteil der Schulleistung auch weiterhin von der Unterstützung durch das Elternhaus abhängig, zum Beispiel über die Hilfe bei den Hausaufgaben. Durch Noten, das Instrument des Sitzbleibens und durch Leistungsdruck, welcher bereits in der Grundschule anfängt, bleiben viele Kinder bereits in diesem Alter auf der Strecke. Nach der vierten Klasse wird die soziale Selektion dann gezielt noch weiter getrieben, wenn die Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden. Dieser Schritt zementiert die soziale Spaltung im Bildungs-

bereich. Die SchülerInnen, die aus einer bildungsnahen Schicht kommen, gehen auf ein Gymnasium, die SchülerInnen aus bildungsferneren Schichten bestenfalls auf eine Realschule, in vielen Fällen aber auf die

Hauptschule. Auch die viel diskutierte Zusammenlegung von Haupt- und Realschule wird diese soziale Spaltung nicht aufheben. Ganz im Gegenteil – das Gymnasium wird noch stärker zur Elite-Schule werden. Ein zweigliedriges Schulsystem wäre an dieser Stelle nicht ausreichend, um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Im schlimmsten Fall wird es zu einer noch deutlicheren Zweiteilung im Bildungssystem kommen.

Meist in der Grundschule schon „aussortiert“ werden außerdem die SchülerInnen mit Beeinträchtigungen. Diese werden häufig mit dem Hinweis auf den „son-

derpädagogischen Förderbedarf“ auf gesonderte Schulen geschickt. Durch die Förderschulen haben wir nicht nur ein dreigliedriges, sondern mindestens ein viergliedriges Schulsystem. Das Aussortieren von Menschen mit Beeinträchtigung hat weitreichende Folgen für die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft, da diese Menschen nur selten auf den allgemeinen Bildungsweg zurückkommen und auch nur in den seltensten Fällen am allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben. Ein Großteil der sogenannten FörderschülerInnen kommt zudem aus dem bildungsfernen Milieu.

Für die SchülerInnen, die nicht bereits zuvor auf die Förderschulen aussortiert wurden, geht die Spaltung an den weiterführenden Schulen weiter. Ein großer Anteil der Schülerinnen und Schüler braucht heute Nachhilfe, weil die Inhalte im Unterricht nicht ausreichend genug vermittelt werden können. Diese Nachhilfe können sich aber einige Familien nicht leisten. Auch hier ist die Bildung also vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Dabei sollte eigentlich die Schule al-



le Fördermöglichkeiten bieten und SchülerInnen nicht darauf angewiesen sein, dass Eltern Defizite ausgleichen oder notwendige Förderung für viel Geld zukaufen müssen.

Die sozialen Hürden im Bildungssystem lassen sich auch in Zahlen ausdrücken: Laut Erhebung des deutschen Studentenwerks erreichen nur etwa 51 Prozent der Deutschen und BildungsinländerInnen\* das Gymnasium und auf dem Weg zum Abitur bleiben weitere 5 Prozent auf der Strecke. Nur 45 Prozent erreichen also die Studienzugangsberechtigung, an die sich eine weitere Hürde anschließt: Nicht alle jungen Menschen, die studieren wollen, können dies auch tun. Nur 34 Prozent der jungen Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf, was auch im internationalen Vergleich wenig ist.

Ein Großteil derjenigen, die kein Studium aufnehmen, obwohl sie die formale Berechtigung dazu hätten, gibt an, dies aus finanziellen Gründen nicht zu tun. Zum einen werden in Niedersachsen und Bayern noch immer Studiengebühren erhoben. Zum anderen ist aber auch der Lebensunterhalt für einige nicht zu stemmen. Das BAföG, das diese jungen Menschen unterstützen soll, reicht hierfür bei Weitem nicht aus. Es ist schon lange kein Vollzuschuss mehr, was bedeutet, dass sich junge Menschen, die von ihren Eltern nicht ausreichend unterstützt werden können, für ihr Studium verschulden und mit Eintritt in die Berufstätigkeit erst einmal einen Berg Schulden abbezahlen müssen. Allein diese Aussicht hält viele von einem Studium ab. Außerdem ist das BAföG alters-, eltern- und zeitabhängig. Wer zu alt ist, aus irgendeinem Grund länger studiert oder auch nur das Fach wechselt, wird von dieser Förderung ausgeschlossen und muss sich um eine andere Finanzierungsmöglichkeit kümmern, was nicht immer einfach ist.

All diese Punkte sorgen dafür, dass auch bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums keine Chancengleichheit zwischen den Menschen besteht, die eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen – von den anderen, die bereits vorher aussortiert wurden, ganz zu schweigen. Für eine wertliche Verbesserung ist eine BAföG-Reform notwendig, die sich an den individuellen Lebensumständen orientiert. Ein elternunabhängiges BAföG ist allein deswegen dringend erforderlich, weil damit die Wahlfreiheit bezüglich des Studienfachs gewährleistet wird. Jeder junge Mensch muss unabhängig vom Willen der Eltern ein Studium seiner Wahl aufnehmen können.

---

\* *BildungsinländerInnen sind Menschen, die in Deutschland eine Schule oder eine deutsche Schule im Ausland besuchen, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft haben.*

Die soziale Selektion beim Zugang zum Studium wird unter anderem durch Studiengebühren weiter verschärft. Zusätzlich zu den ohnehin bestehenden Selektionsmechanismen bewirken diese eine weitere Spaltung der Gesellschaft in jene, die sich ein Studium leisten können, und alle anderen, die die finanziellen Mittel nicht aufbringen können. Die Abschaffung der Studiengebühren auch in Bayern ist daher (und aus vielen weiteren Gründen) unbedingt notwendig.

Zu den direkten Kosten eines Studiums kommen noch weitere Ausgaben wie die immer weiter steigenden Mietpreise hinzu. Wer einen der teils sehr begehrten Studienplätze ergattert hat, muss mit vielen anderen um den ebenfalls knappen Wohnraum kämpfen. Wer eine Wohnung oder ein Zimmer bekommt, hat oft keine andere Wahl und muss auf das Angebot eingehen. Dadurch können VermieterInnen hohe Mietpreise durchsetzen, die sich einige „Studierwillige“ nicht leisten können und daher auf ein Studium verzichten müssen. Neben der längst überfälligen Abschaffung der Studiengebühren muss also auch genügend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Auch die Infrastruktur an den Hochschulen und deren Ausstattung darf nicht vergessen werden. Wer studiert muss auch essen und in Bibliotheken lernen und arbeiten können. Wenn zum Beispiel Studierende viele Bücher selbst kaufen müssen, weil diese nicht oder nicht in ausreichender Zahl in den Bibliotheken vorhanden sind, wird finanziell schlechter gestellten Studierenden ein zusätzlicher Stein in den Weg gelegt.

Das Bildungssystem trägt somit einen entscheidenden Teil zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft bei. Vom gleichen Zugang für alle Menschen sind wir weit entfernt. Im Grunde sollte Bildung das zentrale Instrument sein, um sozialer Spaltung entgegenzuwirken. Dies in die Tat umzusetzen, ist die Aufgabe einer gerechten Bildungspolitik.

**Laura Hoffmann**  
Landeskoordinatorin der  
Juso-Hochschulgruppen Bayern,  
Würzburg



**Veronika Kopf**  
Landeskoordinatorin der  
Juso-Hochschulgruppen Bayern,  
Eichstätt



# Ausweitung der Kampfzone

*Gentrifikation als räumliche Manifestation sozialer Spannung.*



**E**in Bestandteil zunehmender sozialer Spaltung unserer Gesellschaft ist die fortschreitende soziale Entmischung, die wir in vielen Städten beobachten können. Sie ist räumliche Manifestation der sozialen Spaltung. Viertel wie Berlin-Prenzlauer Berg, Hamburg-Schanzenviertel oder München-Haidhausen sind Synonyme geworden für Aufwertung, Verdrängung und Entmischung von ganzen Stadtquartieren.

In den Zentren ungebremsen Zuzugs und damit verbundenen Bodenpreisanstiegs sind die Entmischungsprozesse nicht zu übersehen. Im Zuge der Finanzkrise flossen ungeheure Geldströme aus risikobehafteten spekulativen Anlagen in wertstabile Immobilienmärkte. München beispielsweise rangierte zeitweise in der Attraktivität als Anlagestandort für Immobilienvermögen vor Städten wie New York oder Paris. Denn in München scheint das eherne Gesetz zu gelten, dass Mieten nur steigen. So hieß dann die Frage für viele InvestorInnen im Angesicht der Finanzkrise wohl: „Gehe ich in Gold oder kaufe ich Wohnungen in München.“

„Verdrängungsdruck in Städten gab es schon immer.“ Das ist häufig die Antwort auf die Kritik an der fortschreitenden sozialen Entmischung der Städte. Besonders Findige wollen Gentrifikation sogar bis

in die griechisch-römische Antike zurückverfolgen können. Wenn das auch übertrieben ist, so bleibt dennoch festzustellen, dass es Verdrängungsprozesse schon vor der heutigen, fast schon zur Mode gewordenen Debatte um Gentrifikation gab.

Doch die Entwicklungen, deren Ansätze wir seit den 1970er Jahren in Deutschland beobachten können und die sich zusehends beschleunigen, besitzen eine neue Qualität, die den Gentrifikationsprozess von den Verdrängungsprozessen früherer Jahre unterscheidet.

## Reurbanisierung der Wunschbilder

Bis Anfang der 70er Jahre war das Eigenheim in der Vorstadt das gängige Ideal der Lebensvorstellungen vieler Menschen. Wer es sich leisten konnte, verließ die oft vom Krieg schwer beschädigten Innenstädte und zog in die neu entstehenden Reihenhaus- oder Einfamilienhaussiedlungen an den Grenzen der Städte. Eine starke Tendenz zur Suburbanisierung der Städte setzte ein, die Innenstädte blieben aufgegeben zurück, nur wer sich den Auszug nicht leisten konnte blieb. Ganze Gebiete sackten ab und erwarben bald

den Ruf der Glasscherbenviertel, Wohnorte des städtischen Proletariats.

Ab Anfang der 70er Jahre kam es zu einem allmählichen Paradigmenwechsel in den Präferenzen gerade der jungen und akademisch gebildeten Kinder der Mittelschicht und des Bürgertums, die aus der Enge der Vorstadthecken zu entfliehen suchten und die gründerzeitlichen Viertel als Ort urbanen Lebens entdeckten. Man spricht von der Reurbanisierung der räumlichen Lebensvorstellungen. Es war die Wiederentdeckung der Stadt und der urbanen Lebensqualität, aber auch der Ideale des großbürgerlichen städtischen Lebensstils. Diese Wiederentdeckung der Stadt als Wohnumfeld ist Grundlage für die Verdrängungsprozesse in ihrer heutigen Ausprägung und Schärfe.

## Ökonomisierung des Wohnungsmarktes

.....

In den vergangenen Jahren hat auf den Immobilienmärkten ein grundlegender Wandel stattgefunden. Galt in Deutschland bis vor wenigen Jahren noch der fast unbestrittene allgemeine Wertekonsens, dass Wohnungen einen Doppelcharakter sowohl als Wirtschafts- als auch Sozialgüter besitzen, so hat sich dies völlig gewandelt. Im Zuge einer allgemeinen Ökonomisierung und Professionalisierung wandelte sich der Wohnungsmarkt von einer besonderen Marktform mit langfristigen Bindungen und sozialen Dimensionen hin zu einem mobilen und liberalisierten Anlagemarkt, auf dem Wohnungen als Wirtschaftsgüter wie alle anderen Handelswaren auch betrachtet werden. Immobilien werden trotz ihrer physischen Standortbindung und ihrer sozialen Funktion als Lebensmittelpunkt für Menschen zu beliebig disponierbaren Anlageprodukten und Investitionsoptionen umgeformt. Sie werden dabei bewusst aus den ideellen und sozialen Bezügen herausgelöst.

FinanzinvestorInnen erwarben allein in großen Verkäufen ab 800 Wohneinheiten einer Studie des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) zufolge in den Jahren 1999 bis 2006 mehr als 1,4 Mio. Wohneinheiten. Das entspricht bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand etwa 6 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland. Gerade auf den angespannten Wohnungsmärkten agieren diese InvestorInnen konsequent „marktgerecht“. Hier ist es primäres Ziel, Bodenpreissteigerungen zu kapitalisieren und in Renditen zu realisieren.

Dazu werden alle Mieterhöhungsspielräume genutzt. Modernisierungen werden auch mit dem Ziel

eingesetzt, einkommensschwächere Haushalte zu verdrängen und den aufgewerteten Wohnraum an kapitalstärkere MieterInnen zu vermieten. Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und damit die Privatisierung und Kapitalisierung von Wohnraum nehmen stark zu. Damit wird die Ökonomisierung des Wohnungsmarktes und die professionelle Wohnraumbewirtschaftung im Rahmen von Anlagespekulation zum Motor der innerstädtischen Verdrängung.

## Fünf Stadtregionen

.....

In Deutschland sind es derzeit fünf große Stadtregionen, die noch Zuzug erfahren. Spricht man in anderen Regionen von „shrinking cities“, schrumpfenden Städten, so gehört München neben Berlin, Hamburg, dem Raum Köln/Düsseldorf und Frankfurt zu den deutschen Großstadtgebieten ab 500.000 Einwohnern, die einen positiven Wanderungssaldo aufzuweisen haben und weiter wachsen. Neuerdings schließt auch Dresden in diese Gruppe auf.

Die innerdeutschen Wanderungsströme, die den Zuzug in den fünf Städten verursachen, sind ebenfalls als ein Prozess sozialer Entmischung auf räumlicher, in diesem Fall regionaler Ebene zu sehen. Während einige Regionen wirtschaftlich prosperieren und in Folge dessen starken Zuzug von gut ausgebildeten Arbeitssuchenden erfahren, bleiben andere zurück. Das sind die Regionen, die mit „shrinking cities“ und damit zu kämpfen haben, die jetzt häufig überdimensionierte Infrastruktur zu erhalten oder zurückzubauen.

München mit dem bundesweit größten Zuwachs tut sich mit dem prognostizierten Zuzug von 125.000 Menschen schwer, da anders als in Städten wie Berlin oder Hamburg keine ausreichenden Flächenreserven im Stadtgebiet mehr vorhanden sind. Das vorhandene Flächenpotential für Neubauten reicht in München gerade einmal mehr für 50.000 Wohnungen, die in den nächsten 15 bis 20 Jahren erschlossen werden können. Aus diesem Grund ist auf dem Münchner Wohnungsmarkt der Verdrängungsdruck durch steigende Mieten sehr hoch.

Gerade die Lebensbedingungen der gering bzw. normal verdienenden Haushalte sind massiv von der Steigerung der Mieten betroffen. Haushalte mit Einkommen bis 1.500 Euro zahlen in München Mieten im Durchschnitt von etwa 11 Euro/m<sup>2</sup> nettokalt und damit im Vergleich einen überproportional großen Anteil ihrer Einkommens. Viele können die üblichen Mietpreise nicht mehr bezahlen und werden aus den teuren Stadtgebieten verdrängt.



## Prozess der Entmischung

.....

Grundsätzlich lassen sich zwei Verdrängungsmechanismen im städtischen Umfeld unterscheiden. Zum einen der Prozess des rapiden Absinkens des sozialen Status eines Viertels durch den massiven Zuzug einer statusminderen Bevölkerungsgruppe. Dieser Prozess wird häufig auch als „Verelendung“ eines Stadtviertels qualifiziert. Hier ist es der sinkende Lebensstandard, das zunehmende Gefühl der Unsicherheit und der damit absinkende soziale Status der Wohngegend, die zu einer Abwanderung der statushöheren Bevölkerungsgruppen und zu einer sozialen Entmischung der Bevölkerungsstruktur im Viertel führen.

Solche „verelendete“ Stadtviertel finden sich in Deutschland selten. Zwar gibt es Viertel, die als soziale Brennpunkte bezeichnet werden. Kennzeichen sind massive Probleme mit einer einseitigen Sozialstruktur und der zunehmenden Isolation der sozial abgesehenen BewohnerInnen. Vollständig isolierte Stadtviertel und großflächige abgehängte Stadtgebiete aber, wie etwa die Banlieus der französischen Großstädte, sind uns hier glücklicherweise noch fremd. In Deutschland herrscht eher der Trend zur ökonomischen Verdrängung aus den gut erschlossenen Lagen und attraktiven Wohnvierteln der Großstädte vor. Die Aufwertungsimpulse, die zu den starken Bodenpreisgradienten und dem daraus resultierenden starken Verdrängungsdruck

führen konnten, entstanden maßgeblich im Zuge von Gentrifizierungsprozessen.

Der Begriff „Gentrifizierung“ wurde 1964 von der britischen Stadtsoziologin Ruth Glass geprägt und fand in der stadtsoziologischen Debatte im Amerika der 70er Jahre großen Anklang. In den letzten Jahren hat er sich zum Synonym für alle Verdrängungsprozesse entwickelt. Der Begriff leitet sich ab vom englischen „gentry“ für niederen Adel und bezeichnet die Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse, die in ehemals abgehängten innenstadtnahen Vierteln, durch den Zuzug von jungen, akademisch gebildeten und urban orientierten AnwohnerInnen in Gang gesetzt werden.

Diese sogenannten Pioniere der Gentrifizierung nutzen den bezahlbaren Wohnraum in attraktiver städtischer Lage. Auch sie ersetzen und verdrängen bereits Teile der alteingesessenen Bevölkerung, erschließen aber auch neuen, bisher ungenutzten Wohnraum. Mit dem Zuzug der kulturell aktiven, subkulturell interessierten und urban orientierten neuen BewohnerInnen entstehen oftmals neue kulturelle Schwerpunkte, alternative Bars und Kneipen und kreative Büros und Projekte. Der Stadtteil wird zum Szene- und Künstlerviertel. Damit steigt die Attraktivität des Viertels, das jetzt zunehmend in den Ruf eines trendigen und angesagten Wohnviertels kommt. Für immer mehr Menschen ist es eine Frage des Lebensgefühls, in den angesagten Szenevierteln zu wohnen – die Mieten steigen, angestammte BewohnerInnen werden auf ökonomische



mischer Ebene verdrängt, die Entmischung des Viertels schreitet voran.

Die neuen BewohnerInnen gestalten das Viertel um. PionierInnen, die als Studierende in das Viertel gezogen sind, steigen in das Berufsleben ein und gründen Familien. Langsam wandelt sich das Viertel in ein modernes Familienviertel. Auch auf politischem Weg werden die Weichen für eine Erneuerung gestellt. Stadtsanierung und Stadtviertelumbau kommen in Gang. Durch Sanierung und Umgestaltung der alten Bausubstanz entsteht attraktiver und begehrter Wohnraum. Verkehrsberuhigung und Begrünung sorgen für die Verwirklichung hoher Lebensqualität in zentraler Lage. Die Mieten steigen weiter.

Die Lebensqualität und Attraktivität des Viertels zieht einen neuen Typ BewohnerInnen an. Auf der Suche nach hochqualitativem Wohnraum im angesagten städtischen Umfeld ziehen verstärkt einkommensstarke sogenannte GentrifiziererInnen zu. Sie entstammen meist höheren gesellschaftlichen Schichten, haben akademische Bildung und pflegen einen gehobenen Lebensstil. Die GentrifiziererInnen verdrängen sowohl die ursprünglichen BewohnerInnen als auch die vor Ihnen zugezogenen PionierInnen, die das Viertel erst für sie attraktiv gemacht haben.

Im Zuge des Umbaus der Sozialstruktur erfährt auch das Viertel einen grundlegenden Wandel. Immer mehr Wohnungen werden in luxuriösen, hochpreisigen Wohnraum, häufig in Eigentumswohnungen umgewandelt. Das Viertel wird immer weiter veredelt. Störende Elemente wie so genannte „Wohnungsflüchter“ werden kriminalisiert und in andere Viertel vertrieben. Auch im Hinblick auf die ethnischen Hintergründe wird das Viertel homogenisiert. Der Anteil an EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sinkt rapide. Das Viertel wird wohlhabend und „weiß“.

Auch Läden und Gewerbe werden durch die steigenden Mieten verdrängt. Normale oder auch alternative Läden, Kneipen und kreative Projekte werden zunehmend durch Architekturbüros, Kanzleien und lifestylekonforme Accessoire-Ausrüster ersetzt. Gewerbe im klassischen Sinne verschwindet fast ganz.

Man spricht bei dem oben dargestellten Phasenmodell der Gentrifikation auch von einem sogenannten doppelten Invasions- und Sukzessionszyklus. Zusätzlich spricht man heute auch von einer anschließenden Phase der Hyper- oder Supergentrifikation oder auch einer zweiten Welle, bei der die GentrifiziererInnen wiederum verdrängt werden durch den Zuzug noch finanzkräftigerer GentrifiziererInnen oder den Aufkauf und die anschließende Umwandlung der Mietwohnungen durch Immobilienfirmen. Jetzt wird das Viertel endgültig vergoldet.

## Unser Bild der Stadt

Stadt bedeutet für uns immer mehr, als bloßer Raum zu sein für Verwahrung und Reproduktion der Arbeitskraft, sondern eine Qualität an sich. Sie erzeugt Raum für Begegnungen und ermöglicht Kommunikation, sie ist Bühne des öffentlichen Lebens einer Stadtgemeinschaft. Sie ermöglicht erst Gemeinschaft. Zur zivilisatorischen Leistung der Stadt gehört es seit jeher, unterschiedlichste Lebensstile verschiedenster Herkunft in ihrem Gefüge zu integrieren – gerade an der Verschiedenheit der BewohnerInnen entwickelt sich die Qualität und Besonderheit der Stadt.

Wir wollen eine heterogene Stadt, die geprägt ist durch die Vielfalt und die Verschiedenheit der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten. Unser Ziel ist die Schaffung einer ausgewogenen Mischung zwischen allen verschiedenen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen und Lebensentwürfe, die die Stadt prägen. Wir wollen keine geteilten Städte, keine privilegierten Stadtquartiere für die Besserverdienenden und Wohnspeicher für die Massen an der Grenze zur Peripherie. Wir wollen die gemeinsame Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner.

Dagegen verstetigen und zementieren Entmischung und Segregation die soziale Spaltung auf Dauer. Es entstehen geschlossene und in sich homogene „Milieublasen“ im städtischen Raum, sich nicht mehr überschneidende Enklaven, bis hin im Extrem zu einer vollständigen Zonierung der Stadt nach sozialer Herkunft. Diese Aufspaltung in geschlossene städtische Milieus verfestigt die Gräben sozialer Spaltung und verschlechtert die Chancen sozialen und gesellschaftlichen Aufstiegs zusätzlich. Räumliche Entmischung verfestigt soziale Spaltung.

Was kann progressive Kommunalpolitik unternehmen, um der zunehmenden Entmischung der Stadt entgegenzutreten und sie wirksam zu bekämpfen? Das ist die zentrale Frage, über die wir diskutieren müssen, wenn wir unser Ideal einer Stadt für alle verwirklichen wollen.

Anno Dietz  
München





# Ein revolutionäres Jahr?

*Das Jahr 2011 war auch von internationalen Jugendprotesten geprägt –  
Was haben diese politisch verändert?*

**S**prach jemand in den letzten Jahren von der revolutionären Jugend, dann konnte man sich sicher sein, dass es um die Vergangenheit ging. Meist um einen Rückblick auf 1968. Und in vielen Fällen war dies eine reine Geschichtsklitterung, getrimmt auf RTL-Format.

Eins stimmte daran: In den letzten Jahren gelang es Jugendlichen nicht, die Themen, die ihren Alltag wirklich prägen, in die politische Diskussion einzubringen. Über die Jugend wurde vielmehr gesprochen: Über ihren Alkoholmissbrauch, ihre Computerabhängigkeit und Jugendgewalt. Und als man sich schon damit abgefunden hatte, dass nur noch SeniorInnen als WutbürgerInnen die Straßen stürmen, da war sie plötzlich wieder da: DIE JUGEND.

Es macht keinen Sinn, alle Proteste des Jahres 2011 über einen Kamm zu scheren. Deshalb will dieser Artikel nur die wichtigsten Punkte der Proteste 2011 herausstellen und der Frage nachgehen: Welche Rolle nahm die soziale Frage ein und was bedeutet dies für die Jusos?

## Die soziale Frage als gemeinsames Thema

.....

Die soziale Frage prägte jeden Protest. In Ägypten sahen vor allem Jugendliche keine Zukunft für sich. Berufliche Perspektiven hängen dort nur von persönlichen Beziehungen oder hohen Bestechungsgeldern ab. Mubaraks Partei hat den Staat zum Selbstbedienungsladen erklärt. Wer nicht die richtigen Bekanntschaften hatte, blieb auf der Strecke. Abschlüsse und Zeugnisse spielen bei der Bewerbung kaum eine Rolle. Wer über Geld verfügt kann den Verantwortlichen bestechen, um an den Job zu kommen, die Mehrheit der Jugendlichen kann sich dies nicht leisten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt laut Weltbank bei über 30 Prozent. Die meisten halten sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser und verdienen im Durchschnitt 50 Euro im Monat. Dies reicht nicht, um von zu Hause ausziehen und eine eigene Familie zu gründen. Deshalb forderten viele junge Menschen nicht nur mehr De-

mokratie in den Institutionen, sondern auch eine Demokratisierung des Zugangs zu Arbeit.

Sehr ähnlich ist die Situation in **Tunesien**, dem Land, in dem die Demonstrationen in Nordafrika begannen. Der Auslöser der Proteste war der Selbstmord eines jungen Mannes, Mohamed Bouazizi. Nach zahlreichen gescheiterten Versuchen nach Europa zu fliehen und in den Touristenorten Tunesiens Geld zu verdienen, versuchte er sich als Gemüsehändler ohne Lizenz durchzuschlagen. Nach einer weiteren Kontrolle durch die Polizei sah er für sich keine Zukunft mehr und nahm sich das Leben. Mit seiner Situation konnten sich viele junge Menschen identifizieren. Und mit diesen fehlenden Zukunftsaussichten wollten sie sich nicht mehr abfinden.

In **Chile** protestierten ab Ende April 2011 Schüler und Studierende für ein hochwertiges und kostenloses Bildungssystem. Die konservative Regierung gab sich unversöhnlich, sie lehnte ein kostenloses Bildungssystem ab und versuchte, die Proteste zu kriminalisieren. Doch die Proteste gehen weiter. Beginnend mit Augusto Pinochet wurde auch das Bildungssystem Stück für Stück privatisiert, inzwischen sind 60 Prozent der Schulen und Universitäten privat. Der Staat trägt nur einen geringen Teil der Bildungskosten, den Rest müssen die Familien über horrenden Studien- und Schulgebühren selbst aufbringen, so dass viele Jugendliche mit hohen Schulden ins Arbeitsleben starten. Dabei ist die Qualität der öffentlichen wie der privaten Institutionen schlecht. Die Jugendlichen wollen weiter kämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

In **Spanien** gingen am 15. Mai 2011 Tausende von jungen Menschen für ihre Zukunft auf die Straße. In der Folge richteten die jungen Menschen auf der Puerta de Sol ein Protestcamp ein, um echte Demokratie zu leben und ihre Forderungen durchzusetzen. Auslöser waren die immer schlechter werdenden Zukunftsaussichten für Jugendliche. Fast jeder zweite Jugendliche ist arbeitslos und wenn jemand einen Job hat, dann ist dieser meistens befristet, oftmals nur für 3 Monate. Gleichzeitig nahm das Gefühl zu, dass die Politik sich nicht um die Probleme kümmert. Ganz im Gegenteil: Die Kosten der Finanzmarktkrise wurden auf die Allgemeinheit abgewälzt und die Sozialausgaben weiter gekürzt.

In **Israel** stellte Mitte Juli 2011 eine 25jährige Frau aus Protest gegen die hohen Mieten auf der teuersten Straße Tel Avivs, dem Rothschild Boulevard, ihr Zelt auf. Sie hatte zuvor vergeblich versucht, eine neue, bezahlbare Wohnung zu finden. Die Mieten in Tel Aviv sind für viele unbezahlbar. Vor allem junge Menschen können es sich nicht leisten, von zu Hause auszuziehen. Die soziale Spaltung hat in den letzten

Jahren zugenommen, dies bestätigen die Zahlen des Nationalen Versicherungsinstituts. Etwa ein Viertel der Israelis lebt unterhalb der Armutsgrenze und die Mittelschicht hat seit den 1980er Jahren um 20 Prozent abgenommen. Diese tatsächliche Verschlechterung der Lebensbedingungen nährt den Protest. Aber die Aktionen beschränken sich nicht auf einen reinen Verbraucherprotest gegen hohe Preise. Das Schlagwort in den Protestcamps, die sich über ganz Israel ausweiteten, war „Soziale Gerechtigkeit“. Sie forderten Umverteilung ein und dass die Politik neue Prioritäten setzt, auf die Bereiche Wohnen, Gesundheit und Bildung. Getragen wurde dieser Protest von den Studierenden und der Mittelschicht. Doch wie viel Unterstützung sie damit fanden, zeigte im August die größte Demonstration in der israelischen Geschichte. In den ganzen Demonstrationen spielte der Israel-Palästina-Konflikt fast keine Rolle. Und doch sind viele FriedensaktivistInnen davon überzeugt, dass die Israelis mit den Protesten ihre Lethargie überwunden haben und dies auch positive Auswirkungen auf den Friedensprozess haben wird. Es ist zu hoffen, dass sie recht haben.

Als Jugendliche im August 2011 in **Großbritannien** Läden plünderten, gingen sie nicht auf die Straße für eine gerechtere Welt, sondern sie wollten einen Teil vom Kuchen. Der Stein des Anstoßes für die Proteste war der Tod des 29-jährigen Mark Duggans. Er wurde von der Polizei während seiner Verhaftung erschossen. Die Demonstrationen gegen die empfundene Willkür weiteten sich in „riots“ aus. Vor allem junge MigrantInnen hatten die Hoffnung aufgegeben, dass der Staat ihre Lage verbessert. Auch in Großbritannien hat die soziale Spaltung zugenommen. Die Welt des Finanzmarktdistrikts hat keinerlei Überschneidungspunkte mehr mit der Welt der „working poor“ oder der Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Sie existieren als Parallelwelten in ein- und derselben Stadt. Die Plünderer hatten keine politische Botschaft, auf die sie aufmerksam machen wollten. Und doch zeigten die riots ein politisches Problem auf, auf welches die Tories mit juristischer Härte reagierten, anstatt sich die Ursachen anzusehen.

Kurz nachdem sich die Lehman-Pleite zum dritten Mal jährte, besetzten Menschen im September 2011 in **New York** die Wallstreet. Die Occupy-Bewegung war geboren und fand in vielen Städten weltweit Nachahmer. In New York besetzte sie den Zucotti-Park in der Nähe der Wallstreet, bis der Park am 15. November geräumt wurde. „Wir sind die 99 Prozent“ wurde zu ihrem Leitspruch. Überall wollten es Menschen nicht mehr hinnehmen, dass die Geschäfte der Banken weitergingen, als wäre nichts passiert. Die Po-



litik hat kapituliert. Die Regierungen beschränken sich darauf, das Staatsdefizit, das in Folge der Rettung der Banken und der Wirtschaft entstanden ist, abzubauen, indem sie immer mehr Sozialprojekte kürzen und die Ausgaben für Bildung und Gesundheit zurückfahren. Dabei steigen die Kosten für die alltäglichen Dinge des Lebens immer weiter. Die Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt weiter zu, während die Mittelschicht erodiert. An dieser Tatsache knüpfte der Slogan „Wir sind die 99 Prozent!“ an. Das Parlament solle nicht weiter Politik für die reichsten 1 Prozent der Bevölkerung machen.

Die Occupy-Bewegung war auch die Antwort auf eine andere Bewegung, die sich erfolgreich in Amerika etabliert hat: Die Tea Party („tax enough already“). Die Tea-Party-Bewegung hat keinen Vorstand, sondern ist ein Netzwerk von lose verbundenen Gruppen. Doch so unabhängig, wie sie sich gerne gibt, ist sie nicht: Die Bewegung ist eng verbunden mit der Republikanischen Partei. Auch sie gründete sich als Reaktion auf die Finanzmarktkrise. Sie rief im Februar 2009 zum ersten Mal zu Protesten auf, um gegen die Unterstützung von Verlierern durch den Staat öffentlich vorzugehen. Mit dem „mortgage plan“ hatte die Regierung Obama ein Programm aufgelegt, das HauseigentümerInnen unterstützte, die im Zuge der Finanzmarktkrise ihre Raten nicht mehr zahlen konn-

ten. Dies war aus der Sicht der Tea Party eine Fehlinvestition, damit würde das schlechte Verhalten der Schwachen belohnt und die Leistungsstarken bestraft. Die Tea Party verbindet christlichen Konservatismus und Marktliberalismus. Sie sammelte die Unzufriedenen, die sich von der Politik vernachlässigt fühlen, die glaubten, der Staat kümmere sich zu viel um Minderheiten und Arme. Bis jetzt ist die Tea Party erfolgreicher als die Occupy-Bewegung, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht.

## Wenig Revolutionäres

Der Artikel trägt die Überschrift „Ein revolutionäres Jahr?“, doch wenn man sich die Forderungen der Bewegungen ansieht, dann findet man dort wenig Revolutionäres. In Nordafrika weigerten sich Menschen, die Willkür totalitärer Regime weiter zu akzeptieren und forderten für sich eine positive Zukunft ein. In Chile wollten Jugendliche den Zugang zu Bildung, die nicht Schrott ist. In Spanien brachten die Indignados Forderungen auf, die auch in jedem sozialdemokratischen Programm hätten stehen können. In Israel wollten Menschen wieder bezahlbaren Wohnraum, eine vernünftige Gesundheitsversorgung und ein Bil-

dungssystem, das nicht chronisch unterfinanziert ist. In Großbritannien wollten viele einfach teilhaben am Konsum, ihnen reichte oftmals ein Flachbildschirmfernseher und die Gewissheit, dass die Straßen in diesem Moment ihnen gehörten. Und die Occupy-Bewegung forderte das ein, was die Politik seit drei Jahren versprach: Neue Spielregeln für die Finanzmärkte und dass die VerursacherInnen sich an den Kosten der Krise beteiligen.

Dieser Fakt machte die Proteste um so bitterer. In den meisten Fällen geht es um Forderungen, die schon mal erkämpft wurden, Errungenschaften, die wir verloren haben und die nun neu erkämpft werden müssen. Die langen Jahre, in denen der Sozialstaat nur ein Wettbewerbshindernis war, sind vorbei. Dies zeigen die Proteste. Dies ist ein positiver Punkt, an dem wir Jusos ansetzen können. In allen Protesten ging es darum, soziale Rechte einzuklagen und eine Umverteilung einzufordern. Auch in Nordafrika wurde die Forderung nach einem Ende der Diktatur mit sozialen Forderungen verbunden.

Sind wir damit zurück auf Null in Europa, Israel und den USA? Nein. Die letzten Jahrzehnte haben ihre Spuren hinterlassen. Die Demonstranten forderten einen Politikwechsel ein, glaubten aber nicht, dass die Politik dies umsetzen werde. Bei vielen Demonstrationen waren unerwünscht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde auch zu einer Demokratiekrise. Die Politik wird sich das Vertrauen zurückerkämpfen müssen. Es ist richtig, darauf hinzuweisen, dass wir als Parteien das Vertrauen der Menschen nur zurückgewinnen, wenn wir unsere Forderungen auch umsetzen. Doch der gerade auf dem Parteitag eingeschlagene Weg, deshalb unsere Forderungen einzuschränken, weil die Angst vor einer Niederlage uns lähmt, ist genauso falsch, wie einen Wunschzettel an den Weihnachtsmann aufzustellen, den niemand ernsthaft umsetzen will.

Und die Tea Party hat gezeigt, dass es auch die Gegenseite schafft, Menschen hinter ihren Forderungen zu sammeln; dass der Weg aus der Krise auch organisierte Unsolidarität sein kann oder zumindest wie in Europa eingeschränkte Solidarität. Der Kampf um die Meinungsführerschaft ist nicht gewonnen.

## Wie erfolgreich waren die Proteste?

.....

Mubarak steht im Moment in Ägypten vor Gericht, ihm droht die Todesstrafe. Aus den Wahlen sind die Muslimbrüder als Sieger hervorgegangen. In Tunesien hat sich eine Koalition aus Linken und der

islamischen Partei „ennahdha“ zusammengefunden. Wie sich die Länder weiterentwickeln wird sich zeigen. In Chile kämpfen die SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen weiter. Inzwischen ist schon der zweite Bildungsminister zurückgetreten, doch zu einer Bildungsreform kam es nicht. In Spanien regiert inzwischen die konservative Partido Popular und die sozialdemokratische PSOE befindet sich in einer tiefen Krise. Die Forderungen der Proteste wurden bisher nicht umgesetzt. In Israel setzte die Regierung die Vorschläge der Protestbewegung in homöopathischen Dosen um. So sollen Gutverdienende ab diesem Jahr 4 Prozent mehr Steuern zahlen, die Unter- und Mittelschicht 2 Prozent weniger. Auch soll staatliches Bauland für 200.000 Wohnungen freigegeben werden. Großbritannien reagierte mit law and order auf die Ausschreitungen. Es wurde sogar Familien von verurteilten Straftätern der Mietvertrag für Sozialwohnungen gekündigt. In Amerika dominiert der Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahlen alles. Barak Obama hat angekündigt, dass die Präsidentschaftswahlen eine Abstimmung über die Frage der Solidarität werden. Doch seine bisherige Bilanz als Präsident ist durchaus zwiespältig.

Diese Auflistung zeigt, dass die großen Erfolge ausgeblieben sind. Trotz aller Medienpräsenz hat die Politik die Forderungen nicht aufgenommen. Noch ist die Euphorie über die Massenproteste groß, doch es ist unklar, ob bzw. wann die fehlenden Ergebnisse in Frust umschlagen werden oder ob die Proteste überhaupt weitergehen. Es ist die Aufgabe der Jusos, die Forderungen in die Partei zu tragen und dort für sie zu werben. Damit sich was bewegt.

Und was ist mit Deutschland? Es bleibt weiterhin ruhig. Immer wieder gab es Hoffnungen, dass die Proteste auch nach Deutschland überschwappen. Doch nichts passierte, occupy Frankfurt blieb eine kleine Versammlung. Wir können aber zumindest dafür sorgen, dass es innerhalb der SPD nicht ruhig bleibt. Dass sich die Jusos aktiv für die Interessen junger Menschen einsetzen und dabei nicht bei der traditionell definierten Jugendpolitik stehen bleiben.

**Simône Burger**  
Mitglied im Landesvorstand  
der BayernSPD, München



# The Rise of the Indignados

*Youth protest in Spain and the Collapse of Spain's progressive majority.*

On the 20<sup>th</sup> of November, the Partido Popular (PP) won a convincing majority in Spain's general elections. The socialists (PSOE) suffered their worst defeat since the return of democracy to Spain. With only a few exceptions, the Spanish right now possesses strong majorities at all levels of government and an almost total monopoly on institutional power in Spain. And this has happened in spite of any tremendous surge of enthusiasm for the PP; they only increased their votes by about 550,000, obtaining a total lower than the votes Zapatero won in 2008. The biggest factor in the 2011 Spanish election was the collapse in the PSOE vote, which fell from over 11 million to under 7 million. PSOE lost more than one in three voters. Some of these voters went over to smaller parties on the left (~700,000 to the United Left, ~200,000 to the new Green party, Equo), but most stayed home. The progressive majority in Spain has broken down, and the *indignados* are the maximum expression of this reality.

There are good reasons to be angry in Spain, starting with the fact that the country has the highest rates of unemployment in Europe and the highest rate of youth unemployment (now ~50%). Before the *indignados* appeared, many commentators mocked Spanish youth for being an excessively passive generation in the face of a terrible crisis of unemployment.

There were already many rumblings of discontent, but the *indignados* made their definite appearance in a series of protests called by the group Democracia real YA (Real Democracy NOW – DRY) on the 15<sup>th</sup> of May, spawning the 15-M Movement. These protests transformed into the occupations of public squares across Spain, most notably in the case of the *Acampada Sol* in the Puerta del Sol in Madrid, creating a series of popular assemblies across the country.



DRY presented a manifesto and a series of demands that can be divided into two blocs. DRY called for a series of socio-economic changes: more jobs, more access to housing, better public services, a reduction in military spending, progressive tax reform, and a greater control over the banks and the financial sector. They also called for an elimination of the privileges of the “political class”, more direct democracy, digital liberties, and an end to Spain's electoral system, which heavily favours the two large parties. They mobilized against bankers and politicians simultaneously.

The participants in the various assemblies comprised an incredible diversity. They included members of newer organized groups (DRY, Juventud Sin Futuro, No Les Votes), collectives associated with the anti-war or anti-globalization coalitions, more established political actors (anarchists, communists, etc.), trade union activists, as well as a smattering of socialist voters there in an independent capacity. But in large part the assemblies were notable for their spontaneous composition, testament to the incredible mobilizing capacity of social media. It is worth noting that while the protesters occupying the squares had their own particular social characteristics, the movement enjoyed widespread support on the part of the Spanish population, especially amongst the PSOE electorate. Anger at the economy and the political system is generalized, as undemocratic austerity policies take their toll.

On May 20<sup>th</sup>, the *Acampada Sol* approved its first list of proposals, which largely echoed the demands of DRY. It is relevant that their first demand was for a change in the electoral law so as to create a single national electoral circumscription and open party lists. Spain's electoral system is biased against smaller parties (most notably the Communists who now

lead United Left) and favours regional nationalist parties. Again, the demands of the Assembly could be largely divided into those of a socio-economic nature and those calling for democratic renewal and an end to corruption.

On May 22<sup>nd</sup>, the Partido Popular swept to power at the regional and municipal level in Spain, as former PSOE voters displayed the same behaviour they would in the general elections in November. On May 25<sup>th</sup>, the *Acampada Sol* approved its consensus of minimums around four points: 1) Electoral reform, 2) the fight against corruption, 3) the separation of public powers, and 4) the creation of new mechanisms of citizen control. The Assembly was not able to agree on an economic programme and other questions (the monarchy, the federal nature of Spain, the relationship between Church and State).

After a summer filled with incidents, notably large demonstrations against the Pact for the Euro, the next big success for the *indignados* were the protests of the 15<sup>th</sup> of October (15-O), where they proposed taking their struggle to the global level. This forms part of a successful interplay of movements in what has been called the global democratic uprising, of which the Arab Spring, the *indignados*, the Occupy Movement, the protesters in Syntagma square, the Chilean students, etc. all form a part.

In the immediate future, it is unlikely that the *indignados* achieve either their socio-economic goals or their goals for democratic renewal. In the place of a PSOE that reluctantly carried out cuts and a neoliberal agenda imposed from Europe, they get a PP that will pursue this agenda wholeheartedly. Those that wanted an end to austerity will see its intensification. The already underfunded Spanish welfare state (a consequence of low levels of tax collection with respect to the European average) is at risk of being privatized.

The PSOE candidate attempted a slight left turn, but it was too late. The socio-economic demands of the youth protesters were much more social democratic than revolutionary, and in this sense the PSOE was punished for not delivering on its previous promises. One bright spot in an otherwise lacklustre campaign was the open recognition that the economic situation requires a change at the European level: a relaxation of the growth and stability pact, a change at the European Central Bank, and a coordinated investment plan. In this sense, the Spanish election was in part a sideshow to a broader continental struggle.

On the democratic front, instead of a two-party hegemony, Spain now moves to the hegemony of one party. The Partido Popular can be expected to embed its partisans in the public broadcasting services, mani-

pulate the judiciary, and largely turn a blind eye to widespread corruption amongst its own ranks. They are at risk of Berlusconiizing the country, but without Berlusconi.

With regard to the basic demand for a change in the Electoral Law, the movement runs into even greater obstacles. This change would require a change in the Constitution, which would have to be supported by the two major parties – the parties that most benefit from the current law. It is difficult to see how this might be brought about, and this will only further exacerbate Spanish democracy's crisis of legitimacy.

A negative feedback loop has emerged where disenchantment with PSOE and the *indignados* have played off one another and led to a fragmentation of the Spanish left. In the short run, neither the *indignados* nor PSOE will see Spain evolve in the direction they would like. The PSOE is in a weakened position (as it lacks almost all institutional ability to act as a counterweight) and has a rather tarnished record of government over the course of the last mandate. It runs the risk that true opposition to the PP will materialize in the streets, as the social cuts deepen. There is the possibility of PSOE's already tattered credibility disappearing for a generation, especially in a context where the country is on the brink of requiring a bailout and with the remote possibility of the break-up of the euro and the return of the peseta on the horizon.

It is essential that the party undergoes a thoughtful renewal, complicated though this will be, focused on the goal of recovering the progressive majority in Spain. 2011 does not represent a cultural triumph for the Spanish right – they hardly grew in the midst of a terrible crisis, but it certainly has been a short run disaster for the Spanish left, and concretely for PSOE.

We have to work together to open up the party to the energy, ideas, ambition and activists that the *indignados* represent, or perish. Again, this will be complicated. But in the wake of the drastic failure associated with PSOE's neoliberal turn, there is no choice but to recover social democratic values if we wish to rebuild a social-democratic majority.

**David Lizoain**

*Internationaler Sekretär  
der Joventut Socialista de Catalunya,  
Spanien*



# Mut zur Lücke – Die Frauenpolitik von Schwarz-Gelb

**E**ntsprechenden Humor vorausgesetzt, kann man die Frauenpolitik, die Schwarz-Gelb betreibt, zumindest unterhaltsam finden. Alleine schon, weil sie es schafft, „Wir tun nichts“ viel schöner auszudrücken: „Gesetzliche Pflicht zur Selbstverpflichtung“ heißt das, wenn die Frauenministerin darüber redet. Obwohl Kristina Schröder diese Funktionsbezeichnung sicher zurückweisen würde – sieht sie sich doch eher als Hüterin der Familie und als Kämpferin gegen Linksextremismus. Frauenpolitik ist das, um das sie sich auch noch kümmern muss – oder eben auch nicht.

## Danke, emanzipiert sind wir selber?

.....

Dabei gibt immerhin die Union bei der Frage „Frauen in Führungspositionen“ manchmal Anlass zur Hoffnung. Auch in der CDU gibt es Stimmen, vor allem von Frauen, die es nicht mehr akzeptieren wollen, dass Frauen kaum die Chance bekommen, in die Führungsetagen von Unternehmen aufzusteigen. Und bei einigen hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass es ohne gesetzliche Regelung zur Frauenquote nicht geht. Durchgesetzt hat sich aber in der Union, mit Unterstützung der Kanzlerin, Kristina Schröder mit ihrer „freiwilligen Selbstverpflichtung“.

Mit dieser hat sich schon die SPD blamiert: 2001 verfügte Gerhard Schröder den Verzicht auf das von Rot-Grün vereinbarte Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Freiwillige Zielvorgaben seien ausreichend, um die Unternehmen zur Verbesserung der Karrierechancen von Frauen zu bewegen. Passiert ist: Nichts. Die SPD hat das mittlerweile – leider zu spät – erkannt und fordert nun verbindliche Vorgaben. Bei der CDU dämmert die Erkenntnis immerhin bei einigen. Bei der FDP dämmert, wie so oft, nichts.

Auch ansonsten herrscht in der Frauenpolitik von Schwarz-Gelb Mut zur Lücke. Die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen – immerhin 23 Prozent bei gleichwertiger Arbeit – wird zwar bedauert, konkret vorgeschlagen, wie man dagegen angehen kann, wird aber nichts. Dass Frauen von der

Prekarisierung des Arbeitsmarktes besonders betroffen sind, Minijobs und Teilzeitarbeit überwiegend weiblich sind und Frauen damit auch kaum Ansprüche für die Altersrente erwerben, ist dann schon gar kein Thema mehr.

Das nun wiederum ist konsequent bei einer Union, für die – vor allem auf Seiten der CSU – Frauen vor allem eines sind: Mütter, die sich um ihre Familie kümmern sollen. Und auch hier kämpft die Frauenministerin wieder an vorderster Front, vereint mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, gegen erreichte Fortschritte. Das Betreuungsgeld soll Frauen dazu bewegen, sich nicht für ihren Beruf, sondern „für die Familie“ zu entscheiden. Und daran, dass Kinder irgendwann aus dem Haus sind, hat die findige Ministerin auch schon gedacht: Wer keine „Erziehungszeit“ mehr braucht, soll in die „Pflegezeit“ wechseln. Denn wo keine Kinder zu versorgen sind, werden sicherlich Eltern aufzutreiben sein, die gepflegt werden müssen. Und in der Pflege Menschen zu beschäftigen, die das gelernt haben, am Ende auch noch zu fairen Löhnen, ist für Kristina Schröder ganz sicher keine Alternative zur ehrenamtlichen, mit Lohn- und Renteneinbußen verbundenen Pflegeleistung durch Töchter und Schwiegertöchter. Denn dann würde Pflege ja Geld kosten!

Und so lässt einen die schwarz-gelbe Frauenpolitik vor allem mit einer großen Frage zurück: Ist es nicht doch besser, dass sie nichts tun, anstatt Rückschritte durchzusetzen? Ein Buchtitel „Danke, emanzipiert sind wir selber!“ jedenfalls wirkt beim Blick auf die Frauenpolitik der Union wie Satire.

**Philipp Dees**  
Landesvorsitzender Jusos Bayern  
Erlangen

